

Sozialdemokratischer Pressedienst

Anscheffer und Chefredakteur:
Erich Kästner, Berlin.
Telefon: Carl Schlegel 4122/4123



Redaktion für Druck und Gestaltung:
Berlin SO 36, Dönhofsplatz 6
Telefon: Geydels

Die Zeitung wird im Collotype
Druck auf einer auf Grund moderner Technik arbeitenden Maschine gedruckt.
Der Preis beträgt 10 Pfennig, wenn nicht anders vermerkt ist. Abnahme 10 Pfennig.

Berlin, den 3. Nov. 1932.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Russland ohne Schminke.

SPD. Aus Moskau wird uns geschrieben: Wer die Fabriken in Moskau und in Leningrad, und die Stätten der "industriellen Aufbaufront" im Lande selbst besucht, ist erschüttert durch die Rücksichtslosigkeit, mit der eine völlige Ungleichheit in der Behandlung der Arbeiterschaft durchgeführt wird. Es gibt Abstufungen im Lohn, wie sie kein zweites Land der Welt aufzuweisen hat, es gibt Unterschiede in der Unterbringung und Verpflegung, die innerhalb der Arbeiterschaft selbst wieder neue Klassen entstehen lässt, zu deren Abschaffung die proletarische Diktatur doch angeblich gerade dienen will. Es ist ein ganz eindeutiges Prinzip der Sowjet-Regierung geworden, alle Vorteile auf die kleine Gruppe ihrer Anhänger zu vereinigen, und die Mehrzahl der Arbeiterschaft die Kosten dieses Willkürsystems tragen zu lassen.

Alles den Jungen, die eine ehrliche oder vorgetäuschte Begeisterung für die gegenwärtigen Machthaber in Moskau zeigen und mit Eifer um das kommunistische Parteibuch kandidieren! In Magnetogorsk, in Charkow, in Dnjeprostroy werden z.B. nur noch 18 und 20jährige als qualifizierte Arbeiter eingeschult, weil sie gleichzeitig auch fast ausnahmslos Mitglieder des Komsomol sind, und auf sie als die "Qualifizierten" dann alles gehäuft, was die Betriebsleitung an Vorteilen zu vergeben hat. Während in Magnetogorsk z.B. die ungelerten Arbeiter, die für die Bauarbeiten verwendet werden, zu Hunderten in Baracken zusammengestopft werden, wohnen die dem Herzen des Direktors besonders Nahestehenden in Einzelwohnungen innerhalb der in Stein errichteten Siedlungsanlagen. Ebensovienig wie es eine Freiheit im Wohnen gibt, ebensovienig gibt es eine Freiheit im Essen. Jede Kategorie von Arbeitern hat ihre eigene Speiseanstalt, auf die sie angewiesen bleibt, auch wenn der einzelne Arbeiter einmal zur Feier seines Geburtstages in einer höheren Kategorie essen möchte.

Wie die Löhne zwischen ungelerten und gelerten Arbeitern (d.h. gleichzeitig zwischen der Mehrzahl und der kleinen Gruppe von Kommunisten) von 100 bis 500 Rubel variieren, so ist auch das gestaffelt, was die Moskauer Diktatur mit eisernem bürokratischen Reglement den einzelnen Kategorien von Arbeitern an Nahrung zuerkennt. In den meisten Betrieben gibt es vier Klassen von Arbeitern und drei Klassen von Ingenieuren, die jede ihr eigenes Speisehaus haben und unter sorgfältigem gegenseitigen Ausschluss nach politischen Gesichtspunkten verpflegt werden.

Sieht man von den zahlenmässig geringen Mitgliedern der obersten Kategorien ab, so sind die russischen Arbeiter die ärmsten Teufel, die auf Gottes Erdboden existieren. Ihre Nahrung besteht fast ausschliesslich aus den 600 Gramm Brot, das ihre Tagesration bildet, und dessen Qualität durch den Zusatz von Mais- oder Eichelmehl nicht gerade verbessert ist. Es ist ein saures, dunkelbraunes, in vielen Fällen fast schwarzes Brot, das erst nach längerem

Gewöhnung essbar wird, und dessen Nährwert natürlich bei weitem nicht zum Ersatz der durch körperliche Arbeit verausgabten Kräfte ausreicht. Fett oder Brotaufstrich irgend welcher Art, Eier und Milch sind auf Lebensmittelkarten fast nirgends zu erhalten. Zu seiner Brotration erhält der Arbeiter in der Speiseanstalt seines Betriebes lediglich noch eine Suppe, die entweder aus eigen Kohlblättern ohne Kartoffeln und ohne Fett oder aus etwas eingesalzenern Stockfisch gekocht ist.

Die Lebensverhältnisse, in welche die russische Arbeiterschaft seit Beginn des 5. Jahresplanes zurückgeworfen ist, übersteigen bei weitem alles, was jemals an Lebensmittelnot in Deutschland während der Kriegsjahre bekannt geworden ist. In den Betrieben sind dutzendweise Arbeiter zu treffen, die auf Befragen erzählen, dass sie seit mehr als einem Jahre kein Fleisch, seit zwei Monaten keinen Zucker mehr gesehen haben, dass Butter, Margarine oder Milch ihnen zu unbekanntem Vorstellungen geworden sind, dass sie frieren, weil sie keine genügende Kleidung haben usw.

Im Widerspruch zu allen ihren Prinzipien hat sich die Sowjet-Regierung gezwungen gesehen, den privaten Handel von Hand zu Hand in kleinerem Umfange wieder etwas aufkommen zu lassen. Es gibt Bauernfrauen, die mit Milch in die Städte gehen, um dort etwas Brot gegen Milch einzutauschen, aber wer kann von seinen 600 Gramm etwas entbehren? Die Preise, die jedoch im freien Verkehr verlangt werden, sind so unerschwinglich, dass nur ein ganz kleiner Teil der Arbeiterschaft seine Nahrung aus dieser Quelle ergänzen kann. Für ein Pfund Butter, das am freien Markt gekauft wird, müssen viele Arbeiter zwei Wochen arbeiten, und selbst in landwirtschaftlichen Bezirken kann man gelegentlich für einen etwas dickeren Apfel zwei Rubel, das ist nach der gesetzlichen Parität etwa Mk. 4.80 bezahlen. In Russland steht die Inflation in vollster Blüte. Der Reallohn ist während der letzten Jahre in katastrophaler Weise gesunken.

In einer Unterhaltung mit einem russischen Arbeiter rechneten wir zusammen aus, dass ein Arbeiter in Deutschland für seinen Monatslohn 8 bis 10 Paar der Schuhe, die ich gerade an den Füßen trug, kaufen könne, während ein Arbeiter der gleichen Kategorie in Russland für das gleiche Paar einen vollen Monat arbeiten müsse. Eine Feststellung, die den russischen Arbeiter völlig verblüffte! Aus diesem Elend, das sich sowohl in der Verpflegung, der Bekleidung und der Unterbringung der Arbeiterschaft mit bitterster Schärfe bemerkbar macht, wird es erklärlich, dass ein grosser Teil der Arbeiterschaft ständig auf Suche nach besseren Lebensbedingungen ist. Es sind ganze Belegschaften, die über Nacht verschwinden, um zu einer benachbarten Fabrik zu ziehen, dort einige Wochen zu arbeiten, um von da wieder auf die Suche nach ertragbaren Existenzbedingungen zu gehen.

Die Bilder im Grenzbahnhof von Negoreloje sind sehr schön, aber sie haben weniger als nichts mit der Wirklichkeit gemein. Die Arbeiter in Russland lächeln auf diesem Bilde und auf den Fotografien, die ins Ausland geschickt werden. In Russland lächeln aber nur Wenige.

SPD. Der Reichsrats-Ausschuss für Verfassung und Geschäftsordnungsfragen, der am Donnerstag auf Antrag der Regierung Braun zusammentrat, tagte etwa eine Stunde. Man einigte sich dahin, dass in der nächsten Woche eine neue Sitzung des Verfassungsausschusses stattfinden soll, in der man die Verfassungsfragen besprechen will. Im Anschluss an die Sitzung fand noch eine interne Besprechung der Hauptbevollmächtigten der verschiedenen Länder ohne Beteiligung der Reichsregierung über das weitere Verhalten der Länder statt.

SPD. Breslau, 3. November (Eig. Drahtb.)

Auf allen Gruben des Waldenburger Steinkohlenbergbaues fanden am Mittwoch die Wahlen der Beisitzer zur Arbeiterkammer statt. Die am Tarifvertrag beteiligten Verbände hatten eine gemeinsame Liste eingereicht, während von den Kommunisten und den Nationalsozialisten eigene Wahlvorschläge aufgestellt worden waren. Das Ergebnis verdient als politischer Stimmungsmesser beachtet zu werden. Es zeigt, dass das Vertrauen der niederschlesischen Bergarbeiter zu ihren Gewerkschaften unerschüttert ist. Insgesamt wurden 11 425 Stimmen abgegeben. Davon entfielen 6 857 auf die Liste der Gewerkschaften, 3 059 auf die Liste der Kommunisten und 1 450 auf die Nationalsozialisten. Mandate erhalten demnach die Gewerkschaften 4, die Kommunisten 2 und die Hakenkreuzler 1. Die Wahlbeteiligung betrug nur 60 %. Zahlreiche Bergarbeiter hatten, da die Wahlzeit ungünstig angesetzt war, keine Gelegenheit, sich an der Wahl zu beteiligen.

SPD. Der Konflikt zwischen den Papen-Baronen und der Regierung Brauns spitzt sich zusehends zu. Die Papen-Barone wollen es so. Ehe die preussische Regierung weitere Schritte gegen die Barone unternimmt, hat sie sich zunächst noch einmal in einem Brief an den Reichspräsidenten gewandt. Ueber den Inhalt dieses Briefes machte der preussische Ministerpräsident Otto Braun am Donners tag vor Pressevertretern folgende Mitteilungen:

"Ich werde in dem Brief offen darlegen, wie die Sachlage nach der Unterredung sich dargestellt hat, dass eine loyale Durchführung und Anwendung des Urteils von der Reichsregierung nicht stattgefunden hat, dass sie vielmehr mit den kleinlichsten Mitteln äussersten Widerstand entgegengesetzt. Ich werde weiter darauf hinweisen, dass der Reichspräsident berufen ist, das Urteil auszuführen, und dass ich hoffe, dass er dafür sorgen werde, dass der Reichskommissar für Preussen sich in den Grenzen hält, die ihm im Urteil vorgeschrieben sind, und dass die preussische Staatsregierung wieder in das Amt eingesetzt werde, schliesslich dass wir es bedauern würden, wenn wir nochmals gezwungen wären, wegen des Widerstands der Reichsregierung den Staatsgerichtshof in Anspruch zu nehmen."

Im übrigen betonte Otto Braun vor den Pressevertretern nochmals, dass das preussische Kabinett sich auf den Boden des Leipziger Urteils stellt. Er fuhr dann fort: Ich habe dem Reichspräsidenten nahegelegt, auf die Reichsregierung einzuwirken, dass sie das Urteil loyal auslege und ausführe. Ich habe es dabei als selbstverständlich erachtet, dass die preussischen Minister in ihre Ämter wieder eingesetzt werden und dass über die Abgrenzung der Zuständigkeiten eine Verständigung stattfinden müsse. Der Reichspräsident hat mir darin zugestimmt. Es ist bisher leider nicht gelungen! Das liegt nicht an der preussischen Regierung. Ich habe schon beim Reichspräsidenten auf die Pressemeldungen hingewiesen, wonach beabsichtigt sei, die Ministerialzuständigkeiten in Preussen anders zu regeln und das Wohlfahrtsministerium aufzulösen. Ich habe darauf hingewiesen, dass dies nicht anginge, dass ich auch nicht anerkennen könne, dass es zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung nötig sei, die Zuständigkeiten zu ändern ohne die Zustimmung des Staatsministeriums und des Landtags. Bei der Gelegenheit hat der Reichskanzler nicht ein Wort davon gesagt, dass diese Massnahmen bereits beschlossen seien, dass das Gesetzblatt darüber bereits gedruckt vorliege. Denn als ich wieder zurück zum Wohlfahrtsministerium kam, lag das gedruckte Gesetzblatt bereits vor. Zudem war es unterzeichnet: "Das Staatsministerium". Staatsministerium ist lediglich die alte preussische Staatsregierung. Niemand hat das Recht, sich ausserdem so zu nennen. Man kann über dies Verhalten denken, wie man will, aber eine Absicht zur Verständigung und loyaler Zusammenarbeit kann man

zweifellos aus diesem Verhalten des Reichskommissars nicht erkennen.

Nun werden weiter Schwierigkeiten gemacht wegen der Einsetzung des Staatsministeriums in das Amt. Die Reichsregierung hat darüber in der Presse einiges verlautbaren lassen. Die "DAZ" brachte eine Notiz "Braun wird aggressiv", in der offiziös erklärt wird, dass die Stellungnahme des preussischen Staatsministeriums irreführend sei, wenn behauptet wird, dass die Pflicht bestehe, das preussische Staatsministerium wieder in seine Ämter einzusetzen. Am 20. Juli wurden die Staatsminister ihres Amtes enthoben. Wir klagen. Der Staatsgerichtshof erklärt: "Die Reichsregierung hatte nicht das Recht, die Minister ihres Amtes zu entheben." Was ergibt sich daraus für den gesunden Menschenverstand? Es ist nicht richtig, dass der Staatsgerichtshof uns einige Befugnisse zuerkannt hat. Vielmehr hat er uns zuerkannt, dass wir rechtmässig in unserem Amte sitzen. Nicht uns sind Befugnisse übertragen, sondern dem Reichskommissar einige Befugnisse der Staatsregierung. Es wird nun versucht, die Angelegenheit zu begatellisieren durch die Behauptung, die Sache schrumpfe auf den Streik und die Räume zusammen. Zum Amt gehört das Amtsgebäude, der Beamtenapparat, alles was zur Amtsausübung nötig ist. Es muss also der Zustand hergestellt werden, der am 20. Juli rechtswidrig beseitigt worden ist. Das Staatsministerium hat den Kommissaren Räume zur Verfügung zu stellen, nicht umgekehrt. Es ist eine merkwürdige Sache, dass die Reichsregierung versucht, die Sache zu einem Streit um den Raum zu machen. Es mag vielleicht schwierig sein für manche Leute, nachdem man drei Monate lang rechtswidrig in einem Raume gesessen hat, ihn wieder verlassen zu müssen - aber diese persönlichen Empfindlichkeiten können doch schliesslich nicht ausschlaggebend sein.

Man hat durchblicken lassen, Braun und Severing könnten nach dem Wohlfahrtsministerium ziehen. Es ginge nicht an, dass wir wieder in die Wilhelmstrasse einziehen. Manche Leute haben die Vermutung, wenn ich wieder in die Wilhelmstrasse einziehen würde, würde das Möglichkeiten zu Demonstrationen geben. Sie glauben, dass ich mit einer Reichsbannerpuppe, mit Musik und Fahnen wieder in die Wilhelmstrasse einziehen würde. Sie sehen, welche Vorwände dazu herhalten müssen, um das nach dem Urteil Gegebene zu verhindern!

Also wenn ich in die Wilhelmstrasse einziehe, werde die öffentliche Ruhe und Ordnung gestört werden! Der Reichskommissar für Preussen kann es nicht fertig bringen, dabei innerhalb der Bannmeile die öffentliche Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, und weil er dazu impotent ist, muss er die gesamten Befugnisse der preussischen Staatsregierung haben! Ich habe in der Besprechung beim Reichspräsidenten gefragt, warum der Reichskommissar denn alle Befugnisse des Staatskommissars haben müsse. Ich müsste doch annehmen, dass in den drei Monaten die Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung geschehen sei. Papen hat dazu erklärt, ihm schienen sie noch mehr gefährdet als vor drei Monaten. Das ist das Ergebnis einer dreimonatlichen Tätigkeit des Reichskommissars! Ich habe das beim Reichspräsidenten mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht.

Wenn man jetzt erklärt, man könne Ruhe und Ordnung nicht aufrechterhalten, so ist das eine Ausflucht. Jedenfalls liegen die Dinge so, dass die Staatsminister nicht in ihre Ämter eingesetzt worden sind, dass sie nicht die Möglichkeit haben, die ihnen unzweifelhaft zustehenden Funktionen sachgemäss auszuführen. Dazu gehören Räume, der direkte Verkehr mit den Beamten, die direkte Einsichtnahme in die Akten. Man hat uns jetzt durchblicken lassen, dass man die Akteneinsichtnahme nicht verhindern würde. Aber wir müssten sie immer bei dem uns unterstellten Staatssekretär anfordern. Besonders bei dringlichen Vorlagen zum Reichsrat wird dadurch die Ausübung unserer Befugnisse unmöglich.

Wer derartige Schwierigkeiten macht, von dem kann man nicht annehmen, dass er gewillt ist, loyal das Urteil auszuführen. Es wird bei mir der Verdacht erweckt, dass man versucht, uns die Ausübung unserer Amtsbefugnisse unmöglich zu machen. So kann man mit einem Urteil nicht umspringen. Man redet jetzt

viel vom Autoritätsstandpunkt. Einen grösseren Bären dienst konnte man dem Autoritätsstandpunkt nicht erweisen, als wenn man in dieser Weise mit dem Recht umspringt, wenn man es so ausführt. Wie will man Beachtung von Gesetz und Recht von den Staatsbürgern verlangen, wenn man selbst in dieser Weise mit dem Recht umgeht? Weil mir die ganze Raugeschichte zuwider war, habe ich dem Manne den Vorschlag machen lassen: Bleiben Sie sitzen, ich gehe dann in mein Privatarbeitszimmer in meiner Dienstwohnung im Hause Wilhelmstrasse 64. Aber auch das ging nicht, denn ich dürfe nicht in die Wilhelmstrasse einziehen. Die Dienstwohnung steht mir zwar zu, aber sie wird mir vorenthalten. Selbst dieser Vermittlungsvorschlag bewies, dass ich daran die Angelegenheit nicht scheitern lassen wolle. Es ist eben für Herrn Bracht unausdenkbar, dass die Minister wieder das Haus betreten.

Wir sind bis zum letzten gegangen im Entgegenkommen, um ein verständiges Zusammenarbeiten zu ermöglichen. Die Haltung auf der anderen Seite hat es schwer gemacht, zu einem vernünftigen modus vivendi zu kommen. Wir haben das Recht, aber auf der anderen Seite beruft man sich auf den Willen und die Macht. Man scheint dort zu glauben, dass wer das hat, sich um das Recht nicht mehr zu kümmern brauche. Diese Massnahmen enthüllen sich immer mehr als Massnahmen zu einer sogenannten Reichsreform im Sinne von Kreisen, die das Dreiklassenwahlrecht als Vorbild für eine vernünftige Neuordnung in Deutschland ansehen und damit das Volk herrlichen Zeiten entgegenführen wollen. Ich weiss nicht, ob Herr von Papen die Macht und den Willen hat, in gottgewollter Weise das deutsche Volk herrlichen Zeiten entgegenzuführen!

SPD. Hamburg, 3. November (Eig. Drahtb.)

Am Montag beginnen vor dem Sondergericht in Altona die Verhandlungen gegen 40 SA- und SS-Leute, die im Juli und August die Sprengstoffanschläge in den Ortschaften Elmshorn, Ueckersen, Pinneberg, Rendsburg, Glüssing und Altona verübten.

Unter den Angeklagten befinden sich viele, die mit schweren Vorstrafen belastet sind. Einer der Angeklagten ist zehnmal vorbestraft, ein Dentist sechsmal, ein Schlosser fünfmal, ein Weichensteller, ein Kraftwagenführer und ein Gärtner je dreimal, neun Angeklagte haben je zweimal und fünf Angeklagte je einmal Vorstrafen. Noch interessanter aber ist, dass die Angeklagten von dem Leibanwalt Adolf Hitlers, Rechtsanwalt Dr. Frank II, verteidigt werden. Zu der Verhandlung, die voraussichtlich mehr als eine Woche in Anspruch nehmen wird, sind 37 Zeugen und mehrere Sachverständige geladen.

SPD. Das preussische Staatsministerium teilt mit:

Zur Abwehr der Angriffe gegen die Staatsregierung und zur Richtigstellung der irreführenden Darstellung ihres Verhaltens und ihrer Absichten in der Öffentlichkeit empfangen am Donnerstag-Nachmittag Ministerpräsident Braun und Minister Hirtsiefer die Presse. Ministerpräsident Braun legte die Sachlage dar und teilte mit, dass sich die Staatsregierung nunmehr an den Herrn Reichspräsidenten mit der Bitte wenden werde, die loyale Durchführung der Entscheidung des Staatsgerichtshofes zu veranlassen.

Minister Hirtsiefer führte aus, dass die Staatsregierung eine Verminderung der Zahl der Ministerien auch ihrerseits beabsichtigt habe, dass aber die Art der Zerreißung des Wohlfahrtsministeriums in mehrere Teile weder sachlich noch finanziell gerechtfertigt sei.

SPD. Frankfurt/M., 3. Nov. (Eig. Drahtb.)

Der Reichsbannermann Anton Schenkel, ein Schwerkriegsbeschädiger, wurde in Frankfurt am Main-Höchst auf offener Strasse ohne jeden Anlass von einer Bande von 25 Nazis angefallen. Das Gesindel fiel mit Koppeln, Schulterriemen, Stahlruten und Messern über den Wehrlosen her. Der Ueberfallene erhielt einen Stich in den Arm, wurde ferner erheblich am Kopfe verletzt und erlitt ernste innere Verletzungen.

SPD. Die Papen-Barone bereiten grosse Dinge vor. Am Montag, also 24 Stunden nach der Wahl, sollen nicht weniger als 110 höhere preussische Beamte in den einstweiligen Ruhestand versetzt oder in andere untergeordnete Referate abgeschoben werden. Das gleiche Schicksal soll über 200 mittleren preussischen Beamten blühen.

Natürlich nicht als Strafe sondern aus "Ersparnisgründen". Nur ist der Haken der, dass von dem neuesten Plan der Papen-Barone ausschliesslich Beamte der republikanischen Parteien betroffen werden. Wie es heisst, ist die entsprechende Verfügung bereits fertiggestellt. Ihre Veröffentlichung ist jedoch mit Rücksicht auf die Wahlen erst für Montag vorgesehen.

Man sieht, die Papen-Barone gehen auf's Ganze. Hinter ihnen steht zwar nichts als ihr Dünkel und ihr Portemonnaie, aber sie "regieren" nach dem Ausspruch: "Je weniger Recht wir haben desto frecher müssen wir sein". Sie reden von "Ueberparteilichkeit" und doch können sie vor Parteilichkeit kaum geradeaus sehen. Ueberparteilich ist in ihren Augen jeder Adlige und jeder Deutsche. Alles andere ist "parteilich" und muss "zerschmettert" werden.

Schon wächst die Erregung des Volkes gegen die Papen-Barone und ihre Handlungen von Stunde zu Stunde. Es gibt kaum eine verfassungsmässige Institution, mit der die Herrschaften nicht in Krach leben. Jetzt erklären sie auch noch der republikanischen Beamtenschaft den Krieg. Nur weiter so und die Herrschaften haben sich bald in ihren eigenen Schlingen gefangen. Um das Erwachen, das es dann gibt, beneiden wir sie nicht.

SPD. Frankfurt/M., 3. Nov. (Eig. Drahtb.)

Das Befinden des preussischen Innenministers Severing, der am Dienstag in Frankfurt am Main an Luftröhrenkatarrh erkrankte, ist soweit gebessert, dass Severing nach Bielefeld zurückkehren konnte. Die Wiederaufnahme der Versammlungskampagne vor der Wahl - Severing hat bisher 40 Versammlungen abgehalten - ist leider aus gesundheitlichen Gründen ausgeschlossen.

SPD. Wie sich die "christliche konservative Staatspolitik" der Papen-Barone in den Gehirnen ihrer deutschen Anhänger ausmalt, dafür folgendes Beispiel:

Der Staatsanwalt beim Landgericht I in Berlin, erliess gegen den Geschäftsführer der "Dienatag G.m.b.H." Herrn Josef Robens in Berlin-Friedenau, einen Strafbefehl wegen Konkursvergehens in Höhe von 100 RM. Dieser Strafbefehl ist inzwischen rechtskräftig geworden. Robens hatte als Geschäftsführer der Vorläuferin seiner jetzigen Gesellschaft, nämlich der "Dienzeit G.m.b.H." trotz nachgewiesener Ueberschuldung dieser Gesellschaft, die Anmeldung des Konkurses unterlassen und die Firma liquidiert. Dieser "Dienzeit G.m.b.H."

gehörten u.a. folgende deutschnationale bzw. rechtsstehende Zeitungen an:

Leipziger Neueste Nachrichten,
Hamburger Nachrichten,
Rheinisch-Westfälische Zeitung, Essen a.R.
Schlesische Zeitung, Breslau
Fränkischer Kurier, Nürnberg
Hannoverscher Kurier.

Die Vorgeschichte war so: Diese sogenannten Zeitungen waren vom Land- und Kammergericht in Berlin rechtskräftig zur Nachzahlung vorausgelegter Spesen in Höhe von rund Zehntausend RM verurteilt worden. Um sich dieser Zahlung zu entziehen, hatten sie in aller Eile ihr gemeinnütziges Unternehmen "Dienzeit G.m.b.H." liquidiert ohne den Konkurs anzumelden; eine Reihe der genannten Zeitungen hat sich dann unter der Firma "Dienzeit G.m.b.H." neu etabliert. Wegen dieser Umwandlung und der vereitelten Konkursanmeldung schwebt zurzeit ein gerichtliches Verfahren.

Auf diesem ungewöhnlichen Wege, den man kennen muss um ihn gehen zu können, suchten also "führende nationale" Zeitungsverleger ihre Schulden an Gläubiger und Mitarbeiter, die durch die Zeitverhältnisse in besonders schwere Notlage gekommen sind, los zu werden. So legen die Herren den Dienst an der Papen-Zeit aus. Und nun folgt der Dienst am Tag, natürlich ebenfalls für Herrn von Papen.

SPD. Hamburg, 3. November (Eig. Drahtb.)

In der Klage Adolf Hitlers gegen das Hamburger "Echo der Woche" wegen der Behauptung, die Hitlerpartei werde von der internationalen Rüstungsindustrie finanziell unterstützt, hat auf Antrag des "Echo der Woche" das Hamburger Landgericht eine am 27. Juli ergangene einstweilige Verfügung aufgehoben, nach der es dem "Echo der Woche" verboten sein sollte, weiterhin die Behauptung zu verbreiten, die internationale Rüstungsindustrie unterstütze Hitler. Das ist der Hitlerpartei begreiflicherweise ausserordentlich unangenehm. Sie lässt deshalb durch die sogenannte "Lügenabwehrzentrale" der NSDAP in der Nazipresse eine Erklärung verbreiten, nach der es unwahr sei, dass das Landgericht das Verbot, jene Behauptung weiterzuverbreiten, aufgehoben habe. Wahr sei vielmehr, dass das Landgericht Hamburg jene einstweilige Verfügung lediglich deshalb "nicht bestätigt" habe, weil eine "unwahre Behauptung des Inhalts, dass die NSDAP von der Rüstungsindustrie finanziell unterstützt werde, nicht als beleidigend angesehen werden könne". Obwohl, so erklärt die "Lügenabwehrstelle" mit dreister Stirn weiter, "die Unwahrheit dieser Behauptung gerichtsnotorisch erwiesen ist, wird diese Meldung von der SPD erneut verbreitet."

Demgegenüber stellen wir fest: 1) Die Erklärung der "Lügenabwehrstelle", die "Unwahrheit" jener Behauptung sei "gerichtsnotorisch erwiesen" ist eine glatte Lüge. 2) Gelogen ist auch die Erklärung, es sei unwahr, dass das Landgericht Hamburg das Verbot, die Behauptung weiterzuverbreiten, aufgehoben habe. Tatsächlich hat das Hamburger Landgericht in seinem Urteil vom 19. Oktober (Aktenzeichen Z.II: 169/32) die einstweilige Verfügung, durch die es verboten sein sollte zu behaupten, Hitler werde von der internationalen Rüstungsindustrie unterstützt, aufgehoben. In der Urteilsbegründung führt das Gericht aus, der Hinweis auf eine finanzielle Unterstützung Hitlers durch die Rüstungsindustrie könne nicht ohne weiteres als für den Antragsteller beleidigend angesehen werden. Denn "es ist im Leben der Völker mehr als einmal vorgekommen, dass zu Zwecken, die die Empfänger als vaterländisch angesehen habe, Gelder genommen wurden, deren Geber durchaus nicht immer aus reinen Motiven gehandelt haben, ohne dass jemand anders als höchstens diesen Gebern ein Vorwurf in der Geschichte gemacht worden wäre". Einen Schutz vor der Behauptung,

er werde von der internationalen Rüstungsindustrie unterstützt, könne Hitler nicht beanspruchen. Aus diesem Grund verzichtete das Gericht darauf zu entscheiden, was an der Darstellung des "Echo der Woche" wahr oder nicht wahr sei. Es verzichtet insbesondere auf eine Entscheidung über die Frage, ob der Kläger die Unwahrheit oder aber die Beklagte die Wahrheit ihrer Behauptungen glaubhaft zu machen hätte. Gerade die Frage der Glaubhaftmachung aber hatte in dem Prozess eine grosse Rolle gespielt. Am 4. August nämlich hatte das Landgericht Herrn Hitler auferlegt, glaubhaft zu machen, dass er von der internationalen Rüstungsindustrie nicht finanziell unterstützt werde. Darauf setzte Herr Hitler durch seinen Rechtsbeistand Himmel und Hölle in Bewegung, um von dieser Verpflichtung freizukommen, wofür er seine Gegengründe hatte. Er hatte dann auch zunächst den Erfolg, dass dieselbe Kammer des Landgerichts (in anderer Besetzung) das "Echo der Woche" zur Glaubhaftmachung verpflichtete. Mit Rücksicht auf diesen Streit über die Glaubhaftmachung aber hatte nun das Hamburger Landgericht in seinem Urteil auf eine dem Standpunkt der Beklagten günstige Entscheidung des Reichsgerichts hingewiesen, also ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, dass es im Falle der Beweiserhebung Herrn Hitlers Aufgabe gewesen wäre, nachzuweisen, dass die vom "Echo der Woche" aufgestellte Behauptung, er werde von der internationalen Rüstungsindustrie unterstützt, nicht richtig sei.

Die Feststellung des Landgerichts ist von erheblicher sachlicher Bedeutung, denn Hitler hat sich jedem Nachweis entzogen. Er hat sich ihm genau so entzogen wie der "Völkische Beobachter" in seiner Nummer vom 14. Februar. Aus seinem sehr sensationell aufgemachten Bericht über eine Rede des französischen Sozialisten Paul Faure in der Kammer hat das Blatt sorgfältig alle jene Stellen weggelassen, in denen positive Angaben über die Unterstützung der Nazi-Partei durch die Rüstungsindustrie gemacht wurden. Paul Faure hatte u. a. ausgeführt, dass Hitler 300 000 Goldfranken aus der Schweiz erhalten, tausende Dollars aus Amerika eingestrichen und von dem Direktor der Skoda-Werke in der Tschechoslowakei dauernd Ueberweisungen bekommen habe. Auf das merkwürdige Schweigendes "Völkischen Beobachters" hingewiesen, hat der Anwalt Hitlers in seinem dem Hamburger Landgericht eingereichten Schriftsatz nichts anderes zu erwidern gewusst als die Erklärung, es sei "grotesk" aus dem Schweigendes "Völkischen Beobachters" und Hitlers Schlussfolgerungen zu ziehen; es genüge demgegenüber die Feststellung, dass der Antragsteller (Hitler) weder die Zeitungsartikel des "Völkischen Beobachters" noch die sämtlichen Erzeugnisse des "Echo der Woche" zu Gesicht bekommen habe. Adolf Hitler, der Herausgeber des "Völkischen Beobachters" und Führer der Partei, hat also ausgerechnet jene Nummer seines Blattes nicht zu Gesicht bekommen, die sich mit einer so wichtigen ihn und seine Partei betreffende Angelegenheit besonders beschäftigte.

Es ist also festzustellen: die "Lügenabwehrstelle" der NSDAP hat gelogen mit ihrer Erklärung, die Behauptung, Hitler werde von der Rüstungsindustrie unterstützt, sei als unwahr gerichtsnotorisch erwiesen. Weiter hat die "Lügenabwehrstelle" gelogen mit ihrer Erklärung, es sei unwahr, dass das Landgericht Hamburg das Verbot, jene Behauptung weiterzuverbreiten, aufgehoben hat.

SPD. Die Reichsregierung hat der Tapferkeit besseres Teil erwählt und die Beschlussfassung über die Kontingente trotz des grundsätzlich neuen Bekennnisses zu ihrer Notwendigkeit vertagt. Die Forderung des Landbundes, zur Stützung der Getreidepreise eine neue Magazinierungsaktion durchzuführen, wird scheinbar erfüllt.

Amtlich wird über die Beschlüsse der Reichsregierung folgende mitgeteilt: "Die Reichsregierung befasste sich in einer Kabinettsitzung vom 2. und 3. November mit Agrarfragen. Sie ist der Auffassung, dass ein Abgleiten der Getreide

depreise verhindert werden muss. Für die Landwirtschaft tragbare Getreidepreise sind nicht nur im Hinblick auf die gesamte wirtschaftliche Bedeutung und die Notwendigkeit der Erhaltung des Getreidebaues erforderlich, sondern auch um einen Zusammenbruch der Osthilfeaktion, die Gefährdung der bisher für den Osten aufgewendeten Mittel und die dadurch bedingten unübersehbaren Folgen für alle Wirtschaftszweige des ganzen Reichsgebietes zu verhindern. Die Reichsregierung hält es für ebenso wirtschaftlich dringlich, andere ebenso gefährdete Zweige der deutschen Landwirtschaft zu schützen, um das Gleichgewicht zwischen den verschiedenen landwirtschaftlichen Produktionszweigen zu erhalten und eine ungesunde Ausweitung einzelner Zweige auf Kosten anderer zu vermeiden. Sie hat demgemäß der Kontingentierung der Buttereinfuhr auf Grund der mit mehreren Ländern getroffenen Abrede ihre Zustimmung erteilt. Sie hat ferner den Bericht der Kommission entgegengenommen, die in Brüssel, im Haag, in Rom, Paris und Kopenhagen über die Kontingentierung weiterer land- und forwirtschaftlicher und gärtnerischer Erzeugnisse, insbesondere der bäuerlichen Veredelungswirtschaft verhandelt hat. Die Reichsregierung veranlasste, dass das besonders reichhaltige Material, das diese Verhandlungen ergeben haben, unverzüglich gesichtet und bearbeitet wird. Nach Abschluss dieser Arbeit wird sie ihre Entscheidung im einzelnen treffen."

Die Reichsregierung hat die autonomen Kontingente entgegen der bündigen Ankündigung der deutschnationalen Landtagsfraktion also doch nicht vor dem 6. November beschlossen. Freiherr von Braun, der Reichsernährungsminister und Preisfechter der Junker und des Landbundes, wird desavouiert. Die innere Schwäche des Reichskabinetts, das sich nach aussen so stark gebärdet, wird durch die Tatsache, dass die Regierung es nicht wagte, zugunsten der Agrarier die Unternehmer vor den Kopf zu stoßen, eindeutig aufgezeigt. Die schon bisher latente, an der Kontingentsfrage entzündete Kabinettskrise dürfte sich durch die Kabinettsbeschlüsse noch erheblich verschärfen.

Die positive Haltung des Reichskabinetts in der Frage der Getreidepreisstützung tritt angesichts der Vertagung der Kontingentsfrage in ihrer Bedeutung zurück. Ob die Forderung des Reichslandbundes das mit 100 Millionen Reichsbankkrediten und 25 Millionen Ausfallgarantien des Reiches, Getreide zu magaziniieren, sofort durchgeführt wird, bleibt in dem Kommuniqué der Reichsregierung noch zweifelhaft. Immerhin wird durch die grundsätzliche Bereitschaft der Reichsregierung, die Getreidepreise durch eine Sonderaktion zu stützen, wenigstens im Osten die Wahlstimmung für Papen und Hugenberg etwas verbessert, was der Zweck der Uebung ist.

SPD. Paris, 3. November (Eig. Drahtb.)

Das "Journal des Débats" veröffentlicht folgende ihm aus Mailand zugegangene Meldung mit der Bemerkung, dass es für deren Richtigkeit garantiere: "Wir erfahren aus absolut sicherer Quelle, dass General von Schleicher vor einigen Wochen heimlich nach Italien gekommen ist und mit Mussolini und Kriegsminister General Gazzera Unterredungen gehabt hat. Allerlei Möglichkeiten sind bei diesen Unterhaltungen erwogen worden, aber man wäre nicht zu einem schriftlichen Abkommen gelangt. Um dieselbe Zeit und mit derselben Heimlichkeit hat Mussolini eine hohe französische Persönlichkeit empfangen, die zurzeit politisch nicht tätig ist und die nicht ahnte, dass die Unterredung, die in Bologna stattgefunden hat, nur dazu dienen sollte, die Bedeutung des deutschen Besuchs zu vermindern und eventuell zu verheimlichen."

SPD. "Einer der Herr von Papen kennt" hatte uns dieser Tage Mitteilung von einem Telefongespräch gemacht, das Herr von Papen am Tage seiner Ernennung zum Reichskanzler mit dem französischen Politiker Graf d'Ormesson geführt haben soll. Wörtlich hiess es in der Zuschrift:

"Der Graf selbst war nicht anwesend, Papen gelang es nur, sich mit der Tochter des Grafen telefonisch zu verständigen. Er machte ihr Mitteilung von seiner Ernennung und bat sie, Papa diese Mitteilung mit der Bitte weiterzugeben, dafür zu sorgen, dass die französische Presse den deutsch-französischen Verständigungsfreund Papen nicht falsch beurteile. Als die junge Dame ihrem Vater später von diesem Telefongespräch Mitteilung machte, antwortete Graf d'Ormesson: "Herr von Papen Reichskanzler, das muss ein Irrtum sein". Dem Grafen ging es so wie uns. Wir haben es zunächst auch für einen Irrtum gehalten und sind auch heute noch der Meinung, dass der Entschluss des Reichspräsidenten, in die Hände dieses Mannes die Leitung der deutschen Politik zu legen, ein schwerer Irrtum war."

Die Reichsregierung hat am Tage der Veröffentlichung sofort erklären lassen, dass "an der ganzen Sache nicht wahr" ist. Dieses Dementi, das ebenso seltsam ist wie andere gegen Mitteilungen, die wir in den letzten Tagen über Herrn von Papen "von früher und heute" gemacht haben, hat den Pariser Korrespondenten des "Soz.Pressedienst" zu einer Rückfrage bei dem Grafen d'Ormesson veranlasst. Das Ergebnis ist folgendes:

"Graf d'Ormesson, der zurzeit auf seinem Landschloss weilt, hat mir auf eine telefonische Anfrage erklärt, dass die Information in ihrem Kern zutreffend sei. Allerdings habe der Reichskanzler das Telefongespräch nicht persönlich geführt. Herr von Papen, der sicherlich am Tage seiner Ernennung etwas anderes zu tun gehabt habe, als mit seinen Freunden im Ausland zu telefonieren, habe sich einer Mittelsperson bedient, um dem Grafen seine Wünsche zum Ausdruck zu bringen. Eine weitere Bestätigung der Meldung ist mir von einer dem Reichskanzler nahestehenden deutschen Persönlichkeit in Paris gegeben worden, die überdies hinzufügte, dass an den Grafen d'Ormesson noch ein Telegramm abgegangen sei. Herr von Papen scheint also befürchtet zu haben, dass seine Mittelsperson oder die Tochter des Grafen den Auftrag nicht richtig ausführen würden. Welchen "durchschlagenden" Erfolg dieser Beeinflussungsversuch des Herrn von Papen gehabt hat, dürfte noch in Erinnerung sein. Mit einer seltenen Einmütigkeit hat die französische Presse aller Richtungen die neue Regierung und ihr Programm verurteilt."

Also ist es doch wahr und erwiesen, dass Herr von Papen nach seiner Ernennung zum Reichskanzler in Paris um gut' Wetter gebettelt hat. Er hat nicht nur telefonieren sondern auch telegrafieren lassen. Und die Antwort des Grafen d'Ormesson an seine Tochter, die ihm von dem Telefongespräch Mitteilung machte "Herr von Papen Reichskanzler, das muss ein Irrtum sein". Ihm ging es wie uns.....

SPD. Genf, 3. November (Eig. Drahtb.)
Im Büro der Abrüstungskonferenz, das am Donnerstag seine Arbeiten wieder aufnahm, machte Präsident Henderson Mitteilung davon, dass 47 Staaten das Rüstungsfeierjahr auf vier Monate verlängert hätten. Der französische Vertreter Massigli hob ausdrücklich hervor, Frankreich habe nur zugestimmt, wenn seine Nachbarn das gleiche täten. Da Deutschland überhaupt nicht geantwortet habe, behalte sich Frankreich alles vor.

Am Freitag-Vormittag wird Paul Boncour Erklärungen zum französischen Abrüstungsplan abgeben. Die Diskussion wird nach der Veröffentlichung des Planes stattfinden.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt:

Der Reichspräsident hat durch eine auf Grund des Art. 48 Abs. 2 der Reichsverfassung erlassene Verordnung ein mit dem Wahltage in Kraft tretendes Verbot aller öffentlichen politischen Versammlungen, also auch solcher in geschlossenen Räumen, erlassen, das zu dem in Kraft bleibenden Demonstrationsverbot hinzutritt. Das Verbot aller öffentlichen politischen Versammlungen ist auf die Tage vom 6. bis 19. November 1932 befristet. Zweck dieses Verbotes ist es, dass nach Abschluss des Wahlkampfes eine Entspannung der durch ihn hervorgerufenen starken politischen Erregung eintritt und dass den Polizeibeamten, an deren Dienst die letzten Wochen erhöhte Ansprüche gestellt haben, eine Ruhe- und Erholungspause gegönnt wird.

SPD. Genf, 3. November (Eig. Drahtb.)

Im Wirtschaftsunterkomitee der Vorbereitungskommission für die Londoner Konferenz wurde am Donnerstag auf Antrag von Jouhaux-Frankreich als Wortführer der Arbeitergruppe im Arbeitsamt beschlossen, das Programm der internationalen öffentlichen Arbeiten in die Londoner Tagesordnung aufzunehmen. Inzwischen soll das Finanzunterkomitee sich mit der Frage der Beschaffung der Mittel für die Durchführung dieser Arbeiten befassen, sodass in London bereits konkrete Vorschläge unterbreitet werden können.

SPD. Paris, 3. November (Eig. Drahtb.)

In Toulouse begann am Donnerstag-Vormittag der 29. Kongress der Radikalen Partei. Etwa 1600 Delegierte und 200 Parlamentarier, darunter die meisten Minister, nahmen an dem Kongress teil.

In der Vormittagssitzung, die der Prüfung der Mandate und der finanziellen Lage der Partei gewidmet war, teilte der Kassierer mit, dass die Partei zurzeit 110 000 zahlende Mitglieder umfasse. Die Nachmittagssitzung, zu der auch Herriot erschien und mit Beifallskundgebungen begrüsst wurde, begann mit Ansprachen des Ehrenvorsitzenden Maurice Sarraut und des Ministerpräsidenten, der Vorsitzender des Exekutivausschusses der Partei ist. Sarraut erklärte in seiner Rede u. a. über die Abrüstungsfrage: "Das Problem, das zurzeit aufgeworfen ist, übersteigt die Persönlichkeiten, so hoch gestellt sie auch sein mögen. Man kann die ungeheuer ernste politische Krise verkennen, die entstehen würde, wenn die Partei bei ihren Bemühungen scheitern sollte. Diese Krise muss auf alle Fälle vermieden werden. Wir können das, wenn wir es wollen. Es genügt, zu diesem Zweck alles Trennende beiseite zu schieben und nicht einen Augenblick das zuerreichende Ziel aus den Augen zu verlieren. Es kann genügen, auch darüber nachzudenken, dass eine Auswechslung des Gespanns in einem Augenblick, in dem die gefährlichste Stelle zu passieren ist, ein Fehler wäre, der nicht begangen werden darf."

Anschliessend begann die Debatte über die allgemeine Politik der Partei, über die der Vizepräsident der Kammer, Delbos, Bericht erstattete.

SPD. Warschau, 3. November (Eig. Drahtb.)

Die ordentliche Haushaltssession des polnischen Sejm wurde am Donnerstag mit einer Rede des Finanzministers Zawadzki eröffnet. Die Einnahmen sind in dem Haushaltsvoranschlag mit 2,09 Milliarden, die Ausgaben mit 2,45 Milliarden Zloty angegeben.

Die Vertreter der Oppositionsparteien übten an dem vorgelegten Budget

und der Regierungspolitik scharfe Kritik. Der sozialistische Fraktionsführer Nieuzialkowski protestierte gegen die steigende Knebelung der Oppositionspressen und gegen die Missachtung der Versammlungsfreiheit. Die Polizei verbiete unter ganz nichtigen Vorwänden jetzt auch oppositionelle Versammlungen in geschlossenen Räumen, wobei ein offenes Fenster z.B. genüge, um eine Sitzung in einem Zimmer als "Versammlung unter freiem Himmel" aufzulösen. Der sozialistische Redner forderte ferner die endgültige Feststellung der Arbeitslosenziffer in Polen, die amtlich mit etwa 400 000 angegeben werde, die sich tatsächlich jedoch auf über drei Millionen belaufen dürfte.

SPD. Zurich, 3. November (Eig. Drahtb.)

Die Eiterbeule der italienischen Spitzelorganisation in der Schweiz scheint nun endlich aufgestochen zu werden. Ueber die Tätigkeit faschistischer Lockspitzel hat der Bundesrat (Eidgenössische Regierung) am Donnerstag eine amtliche Mitteilung erlassen, in der es heisst:

Die bisherigen Erhebungen über den ausländischen polizeilichen Nachrichtendienst in Tessin haben ergeben, dass sich verschiedene Agenten in Tessin aufgehalten haben, um die politischen Flüchtlinge zu beobachten, dass aber gelegentlich auch Schweizer Bürger kontrolliert worden sind. Einwandfrei wurde in den letzten Tagen festgestellt, dass einer dieser Agenten, Alberto Finstermacher, langjähriger Agent einer ausländischen Polizei, im Besitz von Sprengstoffen, Sprengkapseln und Zündschnur war und die Absicht hatte, dieses Material bei Flüchtlingen unterzubringen, um sie der Teilnahme an Sprengstoffverbrechen verdächtig zu machen. Diese Feststellung hat den Bundesrat veranlasst, gegen die am völkerrechtswidrigen Nachrichtendienst Beteiligten eine gerichtliche Untersuchung einzuleiten und den Bundesanwalt anzuweisen, den eidgenössischen Untersuchungsrichter für die italienische Schweiz mit der unverzüglichen Durchführung der Untersuchung zu beauftragen. Die Untersuchung hat sich auch auf Sprengstoffverbrechen und Gebrauch eines falschen Passes zu erstrecken. Es sind vier Personen in Haft. Hand in Hand mit der gerichtlichen Untersuchung sollen auch polizeiliche Untersuchungen weitergeführt werden und zwar darüber, ob der Missbrauch des schweizerischen Gastrechts auch von anderer Seite erfolgt ist.

SPD. Im Arbeitskonflikt bei der Berliner Verkehrsgesellschaft wurde am Donnerstag ein Schiedsspruch gefällt, der es bei dem bereits vorgesehenen Lohnabbau von 2 Pfennig belässt und neu nur eine Verlängerung des Manteltarifvertrags bis zum 31. März 1933 bringt.

Der Schlichter für Gross-Berlin hat die beiden Parteien noch zu Donnerstag Abend zu Nachverhandlungen geladen. Es ist mit einer Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches zu rechnen. -

Die Beteiligung der Nazis an dem von der RGO geführten wilden Streik ist auf Weisung von hoher Stelle - abgeblasen worden.

An unsere Funkabonnenten! Am Sonnabend vor Beginn des regelmässigen Funkgespräches werden wir in der Zeit von 6.50 Uhr bis 7.00 Uhr auf Welle 4026 eine Probefunk durchführen. Unser Wahlsonderdienst beginnt am Sonntag abend um 7 Uhr.

Glossen

E R S C H E I N T N A C H B E D A R F

Sie beschimpfen sich selbst.

(SPD. Die Partei Hitlers brüstet sich damit, dass der lächerliche Mischmasch von unausgegorenen Ideen, albernen Phrasen und kindischen Theorien, den sie als ihr Programm bezeichnet, unabänderlich sei und Ewigkeitswert besitze. Wie veränderlich in Wahrheit dies Programm ist, beweist ein Zitat aus den nationalsozialistischen Briefen des Dr. Josef Goebbels vom 1. November 1925, in dem sich der Sportpalast-Mussolini von Berlin über die Abgeordneten der Deutschen Parlamente geäußert hat. Es heisst da:

"Die Abgeordneten sind entweder ausgesuchte Nullen oder Brüchige an Ehre und Charakter, denn die Drahtzieher können nur solche Volksvertreter gebrauchen, die ihnen blind ergeben sind. Die Nullen folgen aus Unfähigkeit oder dem Bestreben, ihre Herren im Hinblick auf die nächsten Wahlen bei guter Laune zu erhalten. Die unsauberen Geister hingegen erliegen natürlich fortlaufender Erpressung. Soll sich daher eine Möglichkeit des Aufstieges uns noch einmal bieten, so ist unbedingte Vorbedingung, dafür, die Schliessung des Reichstags."

Warum dann der Lärm gegen das Kabinett der Barone, das den Reichstag ausgeschaltet hat, warum die Protestgesten des Herrn Göring, die getreulich von den 230 nationalsozialistischen Nullen im Reichstag unterstützt worden sind? Die Nazis machen Politik, wie es gerade passt. Gestern gegen die Verfassung, morgen dafür, gestern gegen die schwarzen Marxisten, heute Koalitionsgespräche mit dem Zentrum. Gestern für die nationale Regierung Papen, heute Kampf der reaktionären Herrenklubregierung. Heute in einer Arbeiterversammlung "Auch im Dritten Reich wird es Gewerkschaften geben", morgen auf sie mit Gebrüll; vorn auf dem Firmenschild das Wort "Arbeiterpartei", hinten offene Hand für Industriegeld. Das ist der Nationalsozialismus, der grösste Betrug des 20. Jahrhunderts!

Die nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten aber können sich aussuchen, ob sie nach dem Wort von Goebbels lieber als ausgesuchte Nullen oder als an Ehre oder Charakter brüchig gelten wollen!

Beweis durch Zurückhaltung.

Der Stahlhelm hat dem Hohenzollernsprössling Auwi öffentlich vorgeworfen, dass er während des Krieges eine ausserordentliche Zurückhaltung gezeigt habe. Auf diesen Vorwurf hat die Nazipresse mit Händen und Füßen geredet, Hitler selbst hat sich für Herrn Auwi eingesetzt, aber Herr Auwi selbst schweigt wie ein Grab. Er zeigt, um mit dem Stahlhelm zu reden, eine bemerkenswerte Zurückhaltung.

Der Vorwurf der bemerkenswerten Zurückhaltung im Krieg gilt unter den nationalen Leuten als ein schwer ehrenkränkender Vorwurf. Trotzdem übt sich der Herr Auwi diesem Vorwurf gegenüber in der Kunst des Schweigens. Diese Zurückhaltung im Reden ist das Geständnis seiner Zurückhaltung im Kriege. Aus der Tiefe des Schweigens muss man schliessen, dass Herr Frick, der während des Krieges in Pirmasens mannhaft dort stand, wo sein König ihn hingestellt hatte, noch ein Kriegsheld ist gegenüber dem Hohenzollernsprössling August Wilhelm!

Wie wird es nun Herr von Gayl bloss machen, um dem Herrn Auwi die Zusatzstimme zu verschaffen, die nach den Wahlentrechtungsplänen des Kabinetts der

Barone jeder Kriegsteilnehmer erhalten soll; denn es versteht sich für die Barone und ihre Freunde doch wohl von selbst, dass Hohenzollernsprösslinge in der Baronsverfassung das höchste Stimmrecht haben müssen! Wir trösten uns damit, dass das Kabinett der Barone eine weitherzige Auslegung des Begriffs des Kriegsteilnehmers jetzt schon angekündigt hat, ehe noch die reaktionären Verfassungspläne festere Gestalt gewonnen haben. Wir wissen nun auch, warum solche Weitherzigkeit geübt werden soll: weil sonst der Hohenzollernsprössling Auwi nicht als Kriegsteilnehmer angesehen werden könnte und keine Zusatzstimme erhalten würde!

Die Methode der Provokation.

In Hamburg haben sich in den letzten Tagen eine Reihe von blutigen Vorfällen abgespielt, deren Aufeinanderfolge höchst lehrreich ist.

Zunächst überfielen Nationalsozialisten eine Gruppe von Stahlhelmern und stachen einen Stahlhelmführer in der brutalsten Weise mit dem Messer nieder.

Es folgte darauf eine heftige Erklärung des Stahlhelms gegen die nationalsozialistischen Mörderbanden. Bemerkenswerter Weise fand diese Stahlhelmerkklärung in der Rechtspresse kein Echo.

Vielmehr riet die Rechtspresse den Stahlhelmern und den Nazis sich zu vertragen, und die Folge war denn auch, dass die streitenden Harzburger Brüder, die eben noch gegeneinander mit dem Messer gearbeitet hatten, einen Burgfrieden in Hamburg schlossen.

Schon am nächsten Tage folgte der nächste Akt: ein organisierter mörderischer Ueberfall auf Reichsbannerleute, bei denen ein Reichsbannermann ermordet wurde. Weiterhin erfolgten nationalsozialistische Ueberfälle auf Kommunisten, die zwei Todesopfer auf kommunistischer Seite erforderten. Gemordet wird von den Nationalsozialisten auf alle Fälle - wer ermordet wird, scheint bei ihnen gleichgültig zu sein!

Die Kommunisten aber gingen nun ihrerseits zur Blutrache über, der nächste Akt des Dramas war ein kommunistischer Ueberfall auf Nationalsozialisten.

Und nun schreit die gesamte sogenannte nationale Presse in ganz Deutschland Zeter und Mord über den "Terror des roten Untermenschentums in Hamburg!"

Selten sind die Zusammenhänge so klar erkennbar gewesen! Die nationalsozialistische Methode der Provokation ist gegenüber den Kommunisten gelungen, die Hamburger Kommunisten sind auf die nationalsozialistischen Provokateure hereingefallen, sie haben der Presse des Mordgesindels eine Gelegenheit gegeben, unzweideutige Feststellungen der Hamburger Polizeibehörde über nationalsozialistische Blutschuld durch ein Geschrei über kommunistische Blutschuld zu verdecken!

Der Mordgeist der Zehnjährigen.

In einem Rundschreiben der Braunschweiger Hitlerjugend heisst es: "Im Kampfmonat werden Klebezettel verteilt und zwar nicht mit spießbürgerlichen Aufschriften, wie "Kommt zu uns", sondern mit Texten wie "Hitlerjungen, merkt Euch die marxistischen Provokateure" oder "Tausendfältige Rache für jeden gemeuchelten Hitlerjungen". Die anlässlich der Winteroffensive herauskommenden Flugblätter sind äusserst scharf gehalten. Sie greifen den Gegner in brutaler Weise an und sind glänzend zur Verteilung geeignet, weil sie aus dem Rahmen des Alltäglichen herausfallen."

Das sind nette Früchtchen! Dafür hat aber auch Herr Bracht in Preussen die nationalsozialistischen Jugendorganisationen in das amtliche Verzeichnis der staatlich geförderten Jugendpflegeorganisationen aufnehmen lassen!

Die alle Welt

Berlin läuft.

Das Bild des Verkehrstreiks.

SPD. Soweit das Auge reicht, spannt sich grauer Himmel über der Stadt und schüttet Regenfluten nach unten; Regenfluten - aber nicht was das Zeug hält, denn das "Zeug" hält nur wenig: die Stiefelsohlen trinken begierig das sich ewig verjüngende Nass, als hätten sie sonst wirklich nur eine Steinwüste platt zu treten, und Joppen und Jacken, Mäntel und Pelerinen saugen sich mit der gleichen Hast voll. Berlin läuft und läuft aus.

+

Besucher politischer Versammlungen, Spätheimkehrer von der Arbeitsschicht und Nachtbummler aller Schattierungen erfahren gerücht- und rufweise in den frühen Morgenstunden des Donnerstag, dass die Wagen in den Hallen bleiben werden. Arbeiter und Angestellte, die zu normaler Stunde zu ihrer Arbeitsstätte fahren wollen, warten an den Haltestellen vergeblich. Aus den Schächten der Untergrund strömt gespenstisch Dunkelheit; die Tore zum Hades bleiben verschlossen. Das periodische Gebrumm und Geknatter, übliche Morgenmusik der Weltstadt, fällt aus - wegen des Nebels dieser Krisenzeit. An den Haltestellen bilden sich immer neue Gruppen, lösen sich wieder, schwirren aus, werden ergänzt... und die Diskussion bricht nicht ab. Das Wort "Streik" führt zur Politik, zur Stellungnahme. Ueber die Meinungsverschiedenheiten hinweg wird gemeinsam über die günstigsten "Fussverbindungen" und "Querverbindungen" - das gefährliche politische Wort bekommt hier einen unpolitischen Sinn - beraten.

+

Hie und da will sich der Riese regen. Einzelne Wagen fahren aus, in den Morgen, in den "Krieg", kommen aber nicht weit. Die Polizei, in höhere Alarmstufe versetzt, ist in Schnellwagen unterwegs und versucht grössere Zwischenfälle zu verhindern. In einem Falle, wo ein Wagen beschädigt wurde, wurden 7 Personen - Kommunisten und Nationalsozialisten - zwangsgestellt. Nationalsozialisten haben auch auf der Heerstrasse - im Westen der Stadt - das Strassenpflaster aufzureissen versucht, flüchteten aber, als die Polizei kam; zwei Nationalsozialisten wurden zwangsgestellt. Tagsüber versuchten immer wieder einzelne Strassenbahnen den Ring des Widerstands zu durchbrechen, meistens vergeblich.

+

Wer Geld hat, sich ein Taxi zu nehmen, nimmt sich's. Wer etwas Geld hat, sich am Kollektiv zu beteiligen - man schliesst sich zu gemeinsamen Fahrten zusammen - beteiligt sich. Vom frühen Morgen an flitzen die grünen Autos, die sonst oft stundenlang auf Kunden warten müssen, über den regennassen Asphalt. Die Einzelchauffeure und die Kraftwagengesellschaften, bis gestern noch in einen lächerlichen Kleinkrieg verstrickt, haben Hochkonjunktur. Der Hader ist vergessen, sie würden nur hadern, wenn der Streik rasch beendet wäre - was die ganze Berliner Bevölkerung hofft. Ausserdem werden natürlich die in verstärkter Zugfolge verkehrenden Stadtbahnzüge gestürmt, Ihre Linienführung, die die Innenstadt ringförmig umkränzt, hilft nicht allen, doch vielen. An den Schaltern kringeln sich endlose Menschengeschlangen. Am Potsdamer Bahnhof entsteht in den späten Nachmittagsstunden ein lebensgefährliches Gedränge; es ist kaum wegzukommen. In drangvoll fürchterlicher Enge besitzt einer im Stadtbahnzug noch Ellenbogen genug, ein Zeitungsblatt zu entfalten; sachlich liest er vor:

"Berlins Grenze ist 232 Kilometer lang; von Ost nach West beträgt die längste Entfernung 45, von Nord nach Süd 38 Kilometer. Zwei Tage braucht man, notwendige Umwege mitgerechnet, um Berlin zu durchwandern." Die Leute lachen; nur ein Lehrmädchen sagt mit tränennaher ängstlicher Stimme: "Wenn ich zu spät komme - mein Chef ist so streng - - der schmeisst mich raus!"

+

Wenn Vater noch von bessern Zeiten her ein Rad besitzt, dann klettert er auf den Boden oder steigt in den Keller hinunter, um es rasch zum Retter aus der Verkehrsnot zu machen. Lange hat man in Berlin nicht so viel Räder gesehen wie am Donnerstag; Weitgereiste erzählen ihren Kindern: "- wie in Kopenhagen"; und die Kinder wollen nun noch mehr von dem fremden Land und der fremden Stadt wissen, aber davon zu sprechen ist keine Zeit, Vater fürchtet, sowieso, zu spät zu kommen. Dann lernen die Kinder noch etwas: sie wussten garnicht, dass es so viel Pferde gibt. Denn allerhand Notfahrzeuge, Lastwagen mit provisorisch hergerichteten Sitzgelegenheiten, sind plötzlich aus der Versenkung ihrer sonst gottweisswie geheimgelegenen Ställe aufgetaucht; auf der Leipziger-Strasse sieht man sogar einen regelrechten Kremser entlangrasseln. Und der uralte Berliner Witz: "Kutscher fahren Sie? - Ja. - Ick loofe!" - der ist auf einmal ausser Kraft gesetzt....

Ego.

+ + +

Bullerjahn-Prozess. Am Donnerstag begann vor dem Reichsgericht in Leipzig das Wiederaufnahmeverfahren im Falle des Oberlagerverwalters Walter Bullerjahn. Die Verhandlung wird vor demselben Strafsenat geführt, von dem Bullerjahn am 11. Dezember 1925 wegen angeblichen Landesverrats - Bullerjahn soll ein geheimes Lager der Berlin-Karlsruher Industriewerke an die Alliierten verraten haben - zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war. Die Anklage vertritt Oberreichsanwalt Dr. Werner; den Vorsitz hat Senatspräsident Dr. Bünger. Er erklärte einleitend, dass es sich hier nicht um eine politische Sache handle. Es wurden dann die Personalien festgestellt: Walter Bullerjahn ist am 10. September 1893 in Hamburg geboren; seine Erziehung erfolgte im holsteinischen Militärwaisenhaus; er ist verheiratet. Nach der Verlesung des ersten Eröffnungsbeschlusses und des Urteils vom 11. Dezember 1925 wird der Beschluss des Reichsgerichts verlesen, in dem das Wiederaufnahmeverfahren für begründet erklärt wird. Es heisst darin, dass in der Zwischenzeit festgestellte Tatsachen dem ersten Spruchsenat bei seiner Urteilsfällung nicht bekannt gewesen seien; wären sie bekannt gewesen, so hätte das Urteil möglicherweise anders ausfallen können. Dann beantragte Oberreichsanwalt Dr. Werner für die ganze Dauer der Verhandlung die Öffentlichkeit auszuschliessen: "wegen Gefährdung der Staatssicherheit". Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, widersprach diesem Antrag. Er wies darauf hin, dass die Öffentlichkeit an dem Verlauf dieses Prozesses besonders deshalb interessiert sei, weil durch Gutachten von fünf hervorragenden Professoren der Rechtswissenschaft erhebliche Mängel des Reichsgerichtsurteils festgestellt worden seien. Nachdem das Gericht über den Antrag des Oberreichsanwalts geheim beraten hatte, verkündet Senatspräsident Dr. Bünger den Beschluss: "Der Senat hält es nicht für geboten, die Öffentlichkeit für die Dauer des Prozesses auszuschliessen. Hierbei behält sich der Senat vor, die Öffentlichkeit von Fall zu Fall auszuschliessen."

In der Nachmittagssitzung wurde der Angeklagte vernommen. Der Vorsitzende bemerkte zu dessen Bekundungen, dass die Art der Durchführung der Revisionen bei den Karlsruher Industriewerken allerdings darauf schliessen lasse, dass Verrat im Spiele gewesen sei. Bullerjahn erklärte, dass er zu diesen Revisionen niemals hinzugezogen wurde. Sofern er Drohungen gegen die Werksleitung ausgestossen habe, hätten sie sich auf bestimmte Vorgänge "wie Patentverletzungen, Zollhinterziehungen und Buchfälschungen" bezogen. Es sei

möglich, dass er einmal dem Lagerverwalter Fischer gegenüber davon gesprochen habe, dass man die Firma durch Anzeige eines Lagers von verbotenem Kriegsmaterial schädigen könne, aber er hätte niemals die Absicht gehabt, eine solche Anzeige zu erstatten.

+ + +
Der Untergang der "Niobe". Vor dem Kriegsgericht in der Marineschule Kiel-Wieck findet die Tragödie der "Niobe" seit Donnerstag ihr gerichtliches Nachspiel. Angeklagt ist der Kommandant des Schiffes, Kapitän Ruhfus. Es wird ihm der Vorwurf gemacht, dass er die Stärke und die Gefährlichkeit einer aufgehenden Gewitterboe nicht rechtzeitig erkannt habe und dass die Unterlassung ausreichender Sicherheitsmassnahmen das Kentern der "Niobe" mit verschuldet habe. Diese Fassung der Anklageschrift lässt den Schluss zu, dass die Erörterung weiterer möglicher Unglücksursachen (falsche Verteilung des Ballastes im Schiff; falsche Steuerbefehle des ersten Offiziers) nur in der in nicht öffentlicher Sitzung tagenden Havariekommission erörtert werden.

Der Angeklagte erklärte: "Am 26. Juli, 9 Uhr 30 vormittags lichtete das Schiff die Anker. Es lag ruhig, hatte aber eine Neigung von 10 Grad. Das Barometer fiel etwas. Beim Mittagessen wollte ich den Wetterbericht von Hamburg abhören. Stattdessen hörte ich den Einzug des Flensburger Bataillon in Hamburg. Der Oberbootsmann bekam den Befehl, den Berographen nachzusehen. Gegen 13 Uhr wurde gemeldet, dass der Wind weiter herumging. Um 13 Uhr 40 sichtete man "Do X". Abgelenkt wurde ich dadurch nicht; ich beobachtete die Wetterlage weiter. Kurz vor 2 Uhr sichtete ich eine dunkle Wetterwand über der Fehmarn-Küste. Ich beschloss, die Bergung der Obersägel. Plötzlich legte sich das Schiff hart nach Backbord. Die Ruder wurden stark nach Steuerbord umgelegt. Ich hatte das Gefühl, als wenn eine unheimliche Macht die Masten anfasste und das Schiff auf die Seite legte. Der Befehl "Klar auf Schwimmwesten!" konnte vom grössten Teil der unter Deck befindlichen Leute nicht mehr befolgt werden."

Der Zeuge Oberbootsmannsmaat Kühn bekundete, dass die Gewitterboe ausserordentlich plötzlich kam. Der Kommandant habe sehr vorsichtig gehandelt; er persönlich habe nie an eine Kentergefahr geglaubt. Aehnlich sagten weitere Zeugen aus. Sachverständige gaben ihre Gutachten ab.-Fortsetzung am Freitag.

+ + +
Gertrud Bindernagel +. Die von ihrem Gatten, dem Bankier Hintze, angesessene Berliner Opernsängerin Gertrud Bindernagel ist am Donnerstag mittag gestorben. Der Tod, der einer Lungenembolie folgte, wird umso überraschender und schmerzlicher empfunden, als die glücklich verlaufene Operation der Künstlerin ihre allmähliche Genesung erwarten liess. Die deutsche Opernbühne verliert in Gertrud Bindernagel eine grosse Sängerin. Ob die gegen Hintze wegen Mordversuchs erstattete Anzeige der Staatsanwaltschaft jetzt erweitert werden wird, steht noch nicht fest.

+ + +
Eifersucht... Auf dem Rittergut Eichenberg in Niedervellmar bei Kassel drang des nachts ein dort beschäftigtes, aus Berlin stammendes junges Mädchen in die Wohnung ihres Freundes und schlug auf den Schlafenden mit einer Axt ein. Nach der Tat trank das junge Mädchen eine Flasche Salzsäure. Man erklärt die Tat mit Eifersucht. Ihre beiden Opfer schweben in Lebensgefahr.

+ + +
Opfer der Arbeit. In der Nähe des Hamburger Freihafens fuhr ein Güterzug in eine Streckenkolonne. Drei Arbeiter wurden getötet, zwei schwer verletzt.



Warnungszeichen.

Ein Wort zum Berliner Verkehrsstreik.

SPD. Der Verkehrsstreik in Berlin, der so überraschend kam und plötzlich die Strassenbahn, die Untergrund und den Omnibus lahmlegte, hat zwei Gesichter: er ist Stimmungsmache und Stimmungsausbruch. Die kommunistischen RCO-Strategen und ihre nationalsozialistischen Bundesgenossen wissen sehr gut, dass die Berliner Verkehrsgesellschaft sich in einer Zwangslage befindet. Sie wussten deshalb von vornherein, dass ein wildes Streikexperiment für die Streikenden einen wenig befriedigenden Ausgang haben werde. Aber neue Enttäuschung - das war ja der Zweck ihrer Übung. Sie wollen unmittelbar vor den Wahlen noch einmal kräftig auf die Gewerkschaften schimpfen können.

Anders liegen die Dinge, soweit der Verkehrsstreik als Stimmungsausbruch betrachtet werden muss. Er ist ein ernstes Symptom für die Erbitterung, die sich in der Bevölkerung angesichts des politischen Kurses der Barone immer mehr ausbreitet. In diesen grauen Novembertagen, die bereits einen Vorgesmack von der Misere des bevorstehenden Winters geben, steigert sich Sehnsucht nach einer Wendung der Dinge. Die Arbeiterbevölkerung ist der trostlosen, weil aussichtslosen Wirtschaftsexperimente der Regierung Papen herzlich müde. Sie will einen Ausweg sehen aus dieser grauenvollen Zeit. Sie sagt sich, dass nun wahrhaftig genug gehungert und gedarbt worden sei. Sie will Arbeit und Brot, und es ist ihr beinahe gleichgültig, von wem und wie dieses Ziel erreicht wird. Nur endlich einmal heraus aus diesem schrecklichen Sumpf der Arbeitslosigkeit, des Lohnabbaus, des ewigen Herumschnippelns an den paar Hungergroschen der Renten und Unterstützungen! Die Bevölkerung sagt sich, diese Not muss nicht sein, es muss eine Besserung der Dinge sich ermöglichen lassen; und wenn ein Streik irgendwie einmal die Lawine ins Rollen brächte und eine Bresche durch die schier ausweglose Not legte, die Bevölkerung würde es begrüßen.

Diese Stimmung, die in Berlin der Verkehrsstreik geoffenbart hat, zeigt, dass es hoch an der Zeit ist, mit dem Papen-Experiment Schluss zu machen. Jeder Tag, an dem die Regierung der Barone noch am Ruder ist, ist ein verlorener Tag, ein Tag, der die Stimmung in Deutschland zur Explosion steigern muss. Eine solche Explosion wäre aber zweifellos mit neuen furchtbaren Opfern verbunden, mit neuen, schweren wirtschaftlichen Rückschlägen; denn selbst wenn eine Explosion einen Weg ins Freie öffnen würde - der Winter, der dann zu überstehen wäre, wäre ein Winter noch schlimmer, noch härter, noch grausiger, als er jetzt bereits erwartet wird.

Der Kampf gegen die Not, d.h. gegen die Arbeitslosigkeit und gegen die Wirtschaftskrise muss unmittelbar nach den Wahlen mit neuen Kräften und in neuer politischer Blickrichtung aufgenommen werden. Der Kampf um Brot ist die Aufgabe, hinter der alle anderen Fragen zurücktreten müssen. Alle politischen Kräfte, die unmittelbares, elementares Interesse an diesem Kampf haben, müssen zueinander in Fühlung kommen. Diese Fühlung kann aber nur unter Führung der Gewerkschaften erfolgen. Die Gewerkschaftsfront muss deshalb die Basis für einen neuen politischen Kurs abgeben. Die Gewerkschaftsfront muss die Grundlage für ein politisches Arbeitsprogramm sein, das mit

dem Scherbenhaufen, den die Papen-Regierung hinterlassen wird, aufräumt.

Diese Gewerkschaftsfront zu stärken, ist also die Aufgabe der arbeitenden Massen bei den Wahlen am kommenden Sonntag. Nicht wilde Experimente von Unorganisierter, sondern nur organisierte Kraft bahnt einen Weg ins Freie. Nicht Stimmungsexplosion unter Führung politischer Abenteurer, sondern organisierte Aktion kann die Dinge wenden. Die politischen Abenteurer sind nur Figuren auf dem Schachbrett Papens. Es gilt daher nicht nur Papen selbst zu schlagen, sondern ebenso sehr seine bewussten wie unbewussten Bundesgenossen, die Nationalsozialisten wie die Kommunisten. Beide spielen nur das Spiel Papens, und wenn sie sich ihm gegenüber noch so wild gebärden, Die wirklichen Gegenspieler Papens sind nicht Hitler und nicht Thälmann, sondern die Gewerkschaften. Ihnen muss der Weg zu neuem verstärktem politischen Einfluss freigemacht werden.

SPD. Deutschland hat in Genf seinen Anspruch auf die Besetzung des Vize-
direktorpostens im Internationalen Arbeitsamt angemeldet. Wie verlautet, wurde Ministerialdirektor Dr. Sitzer vom Reichsarbeitsministerium für diesen Posten vorgeschlagen.

Der Anspruch Deutschlands auf Vertretung in der Leitung des Internationalen Arbeitsamtes wird von der deutschen Arbeiterschaft mit stärkstem Nachdruck unterstützt. Deutschland hat ein Recht darauf, bei der Besetzung des Vizedirektorpostens im Internationalen Arbeitsamt besonders berücksichtigt zu werden; denn es ist in der internationalen Sozialpolitik stets führend hervorgetreten, jedenfalls so lange der Einfluss der Arbeiterschaft auf die deutsche Regierung zu spüren war. Die grossen Grundlinien der internationalen Sozialpolitik sind von Deutschland vorgezeichnet worden. Daher wäre es eigentlich nur eine Selbstverständlichkeit, wenn auch ein Deutscher in die Leitung des Internationalen Arbeitsamtes berufen würde.

Die deutsche Arbeiterschaft will aber nicht nur einen Deutschen auf dem Vizepräsidentenposten des Internationalen Arbeitsamtes sehen, sondern ebenso sehr einen Mann, der zugleich Vertrauensmann der deutschen wie der internationalen Arbeiterbewegung ist. Bei der Neubesetzung des Direktorpostens des Internationalen Arbeitsamtes war fast allgemein die Auffassung vorherrschend, dass neben Dr. Butler, der aus der englischen Verwaltung kam, nun unbedingt ein aus der Arbeiterschaft hervorgegangener Sozialpolitiker von Format treten müsse, und wir sagen nicht zu viel, wenn wir betonen, dass der Arbeiterschaft damals die Erfüllung ihres Wunsches durchaus unmissverständlich in Aussicht gestellt worden ist.

Die Triebkraft des internationalen sozialpolitischen Fortschritts ist und bleibt nun einmal der organisierte Arbeiter. Er muss deshalb auch an massgebender Stelle im Internationalen Arbeitsamt wirken können. Die Besetzung eines Postens in der Leitung des Internationalen Arbeitsamtes ist eine Frage, bei der die für die Besetzung Verantwortlichen schon etwas Weitblick zeigen müssen. Man braucht kein Prophet zu sein, um vorauszusehen, dass in nicht allzu ferner Zeit der Wert und die Bedeutung der Gewerkschaften in Deutschland wie in andern Ländern wieder besser erkannt und gewürdigt werden wird. Schon mehren sich die Anzeichen, dass aus so manchem Saulus, der auszog, die Gewerkschaften zu vernichten, ein Paulus werden will. Die Forderung der deutschen Arbeiterschaft, den Vizedirektorposten im Internationalen Arbeitsamt durch einen Vertrauensmann der Arbeiterbewegung zu besetzen, müsste daher für die führenden Kräfte in der Internationalen Arbeitsorganisation, die über den Tag hinaus zu blicken vermögen, eigentlich willkommen sein.

SPD.Selbst für die kommunistische Partei ist es kein Geheimnis mehr, dass alle langjährigen Versuche, in die freigewerkschaftliche Angestelltenbewegung einzudringen und Beachtung zu finden, schmächtig gescheitert sind. Die mit der KPD verbundene RGO strengt sich jedenfalls verzweifelt an, um das bisher Unmögliche auf eine andere Art doch zu zwingen. Dass dabei die heftigste und hässlichste Kritik gegenüber den Gewerkschaften gerade gut genug ist, sei mehr nebenbei erwähnt. Das Verbandsorgan des Zentralverbandes der Angestellten, der "Der freie Angestellte", macht nun auf einen neuen Versuch eines gross angelegten Fisch- oder Feldzuges der KPD unter der Firma "Einheitsausschuss zur Verteidigung des Angestelltenrechts" aufmerksam.

Dieser "Einheitsausschuss" beruft Konferenzen ein, zu denen einzelne Angestellte und auch Beamte eingeladen werden, um eine grundsätzliche Aussprache über die Lage und eine Basis zur Abwehr des sozialen und kulturellen Verfalls zu schaffen. Bei solcher Gelegenheit wird dann ein Klub gegründet, dessen Führung natürlich in den Händen der KPD liegt. In einer dazu gehörigen Klubzeitung liest man dann: "Der Klub sei nicht die Erfindung eines Einzelnen oder einer bestimmten Richtung. Der Wunsch danach habe sich spontan aus einer Gruppe von Beamten und Angestellten ergeben. Es sollen nicht zuletzt selbstschöpferisch neue Wege zur Verteidigung der Berufsforderungen und der wirtschaftlichen Daseinsform der Angestellten und Beamten gefunden werden". Das soll der Zweck sein. Der Weg dahin führt über das Klubleben, von dem gesagt wird: "Wir brauchen einen Klub, dort sind Menschen unseres Standes", und von der "revolutionäre Arbeit", die geleistet werden soll, heisst es: "Ein Gymnastikzirkel wird durchgeführt, Tischtennis kann gespielt werden, für Tanzen und Musizieren, für Theaterspielen und Wandern ist Vorsorge getroffen.- Wir bemerken der Ordnung halber, dass auch eine Klubbibliothek da ist, dass Berufsfragen diskutiert werden dürfen.- Von den Gewerkschaften wird gesagt, dass ihnen das Fluidum des menschlichen Zusammenhalts, die Gemütlichkeit des Privatlebens auch innerhalb der grossen Gemeinschaft fehlt."

Wir erinnern uns sehr gut der Reden und Redensarten, die die Drahtzieher durch die sogenannte "Opposition" über den Inhalt der ZdA-Veranstaltungen zum besten gegeben habe. Keine Veranstaltung, die nicht das Missfallen dieser Stänker erregte. Man wird sich die neue Wendung der RGO merken müssen und diesen Burschen kräftig auf die Finger klopfen, wo sie etwa im Trüben fischen und mit der Parole der "Einheit" die Gewerkschaftsarbeit unter den Angestellten zerstören wollen.

SPD.Der Direktor des Internationalen Arbeitsamts H.B.Butler hält sich am Sonntag, den 6.November, auf der Durchreise nach Warschau, wo er vermutlich wegen der Ratifikation des Uebereinkommens über die Arbeitszeit im Kohlenbergbau Verhandlungen pflegen wird, einige Stunden in Berlin auf. Er hat bei dieser Gelegenheit eine Unterredung mit dem Reichsarbeitsminister über laufende Angelegenheiten zwischen der Reichsregierung und dem Internationalen Arbeitsamt, insbesondere über die Ratifikation internationaler Uebereinkommen.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S . P . D

Berlin, den 3. November 1932.

Anspruch auf Finderlohn.^x

SPD. Bei Gräfes ist's dunkel und ungemütlich. Die Karla ist garnicht gern zu Hause. Besonders, wenn Mutter früh fortgeht auf Arbeit, graut es dem kleinen Mädchen in dem finsternen Riesenzimmer, das vollgestellt ist mit schweren Möbeln, sodass man überall anstösst, wenn man sich nicht schrecklich in Acht nimmt. Da ist's schon besser auf der Strasse; die ist wenigstens breit und hell und lässt Platz zum Laufen und Toben. Karla ist denn auch von früh bis Abends drunten und wird so wie alle Kinder dieser Strasse ein bisschen frech und flink dabei und wachsam wie ein junges Tier, wenn's irgendwo etwas zu gewinnen gibt - einen alten Knopf, eine abgerissene Briefmarke oder ein blitzendes Stück Blech.

Wachsam wie immer schlendert Karla die Strasse lang. Da wird ihr Auge plötzlich starr; mitten auf dem Damm hat sie was gesehen, das zu holen sich lohnt, ein kleines gaues Ding, sieht fast aus wie ein Portemonnaie. Kaum ist ihr der Gedanke gekommen, da stürzt sie auch schon darauf los, unbekümmert um den wütenden Ruf des Droschkenchauffeurs, der ihretwegen extra abbremsen muss; so dicht ist sie an ihm vorbeigerast. Na, er kann gut schimpfen; das kleine Mädel hört überhaupt nicht hin. Sie bückt sich nur erst mal rasch, nimmt das kleine, unscheinbare Ding, das wirklich ein Portemonnaie ist, flink an sich und läuft schnurstraks wieder aufs Trottoir zurück, ohne sich um das Geschimpfe zu kümmern. Sie hat auch wirklich keine Zeit dazu, sich den ollen Onkel anzuhören. Sie ist doch so aufgeregt über ihren Fund; was nur die Mutter sagen wird, die sonst immer schimpfte über all das Zeug, das sie als Jagdbeute von der Strasse mitzubringen pflegt, Ob auch Geld in den Fächern ist? In der Hast weiss Karla garnicht, wie sie den Verschluss aufkriegen soll; der ist ja viel komplizierter als bei Mutters einfachem Geldbeutel; na, sie wird's schon schaffen, wenn sie nur noch ein bisschen rumprobiert.

Vor lauter Eifer merkt sie garnicht, dass eine sehr elegante Dame vor ihr steht: "Ach, Kleine, du hast ja mein Portemonnaie in der Hand, das ich vorhin verloren habe."

"Ja", ruft Karla stolz aus, "das hab' ich auf dem Damm gefunden, und beinahe wär' ich dabei unters Auto gekommen."

Auf diesen Bericht schien aber die Dame garnicht neugierig zu sein. Sie sagte nur ganz kurz: "Dann gib's mir mal wieder raus; hoffentlich hast du mir auch nichts am Verschluss kaput gemacht!"

Also so war die? Rausgeben sollte Karla ihr das Portemonnaie so mir nichts dir nichts, als ob's so eine ganze Kleinigkeit gewesen wäre, es auf dem Damm überhaupt erst mal zu sehen, das kleine Ding, und dann auch so flink zu holen. Nee, darauf wollte Karla sich nicht einlassen. Zuerst mal musste sie mit ihrem Funde zu Mutter; die konnte dann sagen, wie's weiter gehen sollte. Wenn die feine Dame also was wollte, dann müsste sie eben zu Karlas Mutter mitgehen. Das war doch die einfachste Sache von der Welt, und was anderes kam garnicht in Frage; das musste die Dame doch einsehen.

Die Dame war zwar ungehalten über diese Zumutung, aber was sollte sie mit dem "frechen Gör" wohl anfangen? Ueberreden half hier nichts, und mit

Gewalt war erst recht nichts zu machen.

Die Beiden gingen also zu Karlas Mutter, die höchst erstaunt war über die vornehme Begleitung, in der ihre Karla heute nach Haus kam.

"Ach, Mutti, ich hab'n Portemonnaie gefunden, und die Dame sagt, 's ist ihrs, und du sollst sagen, ob wir ihr's geben wollen."

"Ja", sagte Frau Gräfe, halb zu der Dame gewandt, "so einfach geht das doch nicht; ich weiss ja garnicht, ob Sie's wirklich verloren haben. Dä ist mir die Verantwortung viel zu gross. Da wollen wir mal alle lieber zur Polizei gehen."

Das war der Dame garnicht recht; aber sie sah schon, hier konnte sie ihren Kopf nicht durchsetzen. So zogen sie denn alle drei zur Polizei, Karla als Hauptperson in der Mitte. Auf der Polizei musste Karla ganz genau angeben, wann und wo sie den Fund gemacht hatte, und dann hatte die Dame nachzuweisen, dass ihr das Portemonnaie gehörte. Als dabei der Wachtmeister fragte: "Wieviel Geld war denn drin?" und die Antwort: "500 Mark", da war das erst die richtige Sensation nicht blos für Karla, sondern auch für ihre Mutter, die sich garnicht vorstellen konnte, dass es solche gefüllten Portemonnaies heute überhaupt noch gab. Die Dame hatte jedoch wenig Lust, über diese Dinge viel zu reden; sie sagte nur ganz kurz: "Na, also, Herr Wachtmeister, es stimmt doch alles, was ich gesagt habe; da kann ich mein Eigentum wohl zurück bekommen."

"Gewiss, gnädige Frau", antwortete der Beamte höflich, "nur müssen wir ers mal den Finderlohn ausrechnen; denn dass die Karla darauf verzichten wird, ist doch wohl nicht anzunehmen."

"Nee", sagte Frau Gräfe, "auf den Finderlohn können wir nicht verzichten; dazu geht's uns viel zu schlecht."

Die feine Dame bekam eine ganz spitze Nase und sagte nur, sie hätte noch nie gehört, dass Kinder auch einen Finderlohn zu beanspruchen hätten; Kinder seien doch sonst auch nicht geschäftsfähig. - "Ja", belehrte sie der Wachtmeister, "das ist ein weitverbreiteter Irrtum, dass man glaubt, Kinder hätten keinen Anspruch auf die Belohnung; den haben sie genau so wie die Erwachsenen, da sie ja durch ihre Aufmerksamkeit den gleichen Erfolg wie der erwachsene Finder herbeiführen."

Da nun im Portemonnaie 500 Mark enthalten waren, hat die kleine Karla einen Finderlohn von 17 Mark zu beanspruchen; 5 % von 300 Mark und je ein Prozent von dem diesen Betrag überschreitenden Werte, des Fundes. Also musste die feine Dame, die sich gern um den Finderlohn gedrückt hätte, Karla mit saurer Miene die ehrlich verdienten 17 Mark auszahlen.

Hätte Karla den Fund auf der Polizei abgegeben, ohne dass sich ein Verlierer gemeldet hätte, so wäre sie ein Jahr nach der Ablieferung Eigentümerin des Fundes geworden und hätte dann die Herausgabe von der Polizei fordern können. Wäre das Portemonnaie nebst Inhalt nicht mehr als 3 Mark wert gewesen, so brauchte der Fund nicht bei der Polizei gemeldet zu werden, weil für so geringfügige Funde keine Anzeigepflicht bei der Polizei besteht. Aber auch hier erwirbt der Finder das Eigentum erst nach Ablauf eines Jahres, darf also vorher die Sache nicht für sich verwenden. Tut er es doch, so kann er eventuell wegen Fundunterschlagung angezeigt werden.

Tardy.

Frau Curie.^x

Zum 65. Geburtstag der Entdeckerin des Radiums.

SPD. Am 7. November feiert eine der hervorragendsten Frauen aus dem Bereich der Wissenschaft, Frau Marie Curie, die Gattin und Helferin des

grossen französischen Physikers Pierre Curie, dem ein tragisches Geschick am 19. April 1906 einem banalen Verkehrsunfall am Pont Neuf (Neue Brücke) in Paris zum Opfer forderte, ihren 65. Geburtstag. Das Wirken dieses Ehepaares ergänzte sich in der glücklichsten Weise zu gemeinsamer Arbeit. In den Laboratorien der alten Pariser Universität hatte Pierre Curie die reizende, hochbegabte Studentin als eine eifrige Arbeiterin kennen gelernt. Gemeinsame Interessen, innige Zuneigung und die Aussicht auf ein enges, kameradschaftliches Zusammenarbeiten hatten den um acht Jahre älteren, angesehenen Professor veranlasst, mit Marie einen Lebensbund einzugehen, aus dem eine in der exakten Naturwissenschaft seltene und überaus erfolgreiche Gemeinschaftsarbeit erwachsen sollte.

Im Jahre 1898 wurde die ganze Welt von der Nachricht überrascht, dass es in Paris einem bis dahin nur in den Fachkreisen bekannten und geschätzten Physiker gelungen war, zwei neue Elemente, das Radium und das Polonium, zu entdecken. Die grösste Sensation aber war für die breite Öffentlichkeit die Tatsache, dass eine Frau massgebend an dieser Entdeckung beteiligt war, so massgebend, dass ihr Name von nun an stets im Zusammenhange mit dem ihres Gatten genannt wurde. Was war das für eine seltsame Frau, die zu einer Zeit, als man das Frauenstudium noch als eine Kuriosität ansah und die Behauptung aufstellte, dass eine Akademikerin unter allen Umständen für den Beruf der Frau und Mutter verdorben sei, sich in so hervorragender Weise auszeichnete?

Nun, Frau Curie hat alle diese aus einer gewissen Eifersucht geborenen Behauptungen als falsch erwiesen. Man erfuhr, dass sie am 7. November 1867 zu Warschau als Tochter des Professors der Naturwissenschaften Sklodowski geboren war. "Aha", sagten die Vererbungstheoretiker, die auf den Einfluss des Milieus schworen, "naturwissenschaftlicher Einschlag von Hause aus, gleichsam erblich belastet." - Natürlich hatte Herr Sklodowski seiner Tochter eine ausgezeichnete Bildung angedeihen lassen und dabei die Naturwissenschaften ganz bewusst in den Vordergrund gestellt. Marie Sklodowski studierte in Warschau. Mit der Zeit aber wurde es ihr hier zu eng. Sie sehnte sich hinaus in die Welt; sie musste ihre Kenntnisse dort erweitern, wo sie ihrer ganzen inneren Einstellung nach am meisten gefördert werden konnten". 1891 verlässt sie Warschau, um in Paris ihre Studien fortzusetzen, -und, um hier ihr grosses Schicksal zu finden. In der Rue Saint Jaques fallen ihre Intelligenz und ihr Fleiss auf. Man erfährt, dass sie von der Gerbeschule in Warschau kommt, dass sie das Lyceum glatt durchlaufen und beim Abschied mit der höchsten Auszeichnung, einer goldenen Medaille, verlassen hat. Und dann beginnt ein Raunen und Tuscheln in den Hörsälen, als ihre Beziehungen zu dem Professor der Physik, Pierre Curie, bekannt werden.

Nach der Hochzeit arbeiten beide Ehegatten in einem dumpfen und feuchten Laboratorium in der Rue Lhormond. Kein angenehmer Aufenthaltsort war das, aber umso höher das Ziel, das es zu erreichen galt. 1896 hatte der Professor Antoine Henry Becquerel, der an der polytechnischen Hochschule zu Paris wirkte, eine seltsame Entdeckung gemacht, die geeignet war, in der wissenschaftlichen Welt das grösste Aufsehen zu erregen. Bei der Untersuchung von Uranverbindungen hatte er seltsame, bis dahin völlig unbekannte Strahlen entdeckt, deren Herkunft zunächst schleierhaft blieb. Man nannte sie zu Ehren des Entdeckers, der 1903 mit dem Nobelpreis ausgezeichnet wurde, "Becquerel- oder Uranstrahlen". Nun waren die Forscher mobil gemacht. Es begann die Jagd nach dem Ursprünge der geheimnisvollen Strahlen, eine Jagd, an der sich auch das jungvermählte Ehepaar Curie mit Ausdauer und Fanatismus beteiligte. Frau Curie entdeckte bei der Untersuchung anderer Stoffe, dass auch das Thorium die gleichen Strahlen aussendet. Auch dem Physiker G.C. Schmidt gelang die gleiche Entdeckung. Frau Curie fiel es dabei auf, dass gewisse Uran- und Thorium-Mineralien viel stärker radioaktiv waren, als es ihrem Gehalt an jenen Elementen entsprach. Das war ein Fingerzeig, den die beiden Wissenschaftler Pierre und Marie Curie

sich nicht entgehen liessen. 1898 gelang es ihnen, die Ursache der starken radioaktiven Strahlung in dem ungeheuerlich stark radioaktiven Element Radium festzustellen, einem dem Barium verwandten Stoffe. Später fand Frau Curie dann in der Pechblende noch einen weiteren radioaktiven Stoff, den sie zu Ehren ihres Heimatlandes "Polonium" nannte. Einen dritten radioaktiven Stoff entdeckte im gleichen Jahre der Physiker Debiere im Aktinium. Bisher ist allein das Radium aus der Pechblende dargestellt worden. Welche unerhörte Arbeit dazu nötig ist, beweist die Tatsache, dass man 7 000 Kilogramm Uranerze verarbeiten muss, um ein einziges Gramm Radium zu erhalten.

Nun ist der weitere Lebensweg der beiden Ehegatten scheinbar einfach und klar vorgezeichnet. Pierre Curie übernimmt einen für ihn besonders geschaffenen Lehrstuhl an der Sorbonne, der ausgezeichneten Pariser Universität; Marie Curie wirkt als Professor an der Frauenhochschule in Serres. Dann kam nach diesem glänzenden Aufstieg, der durch die Verleihung des Nobelpreises an das Ehepaar im Jahre 1903 noch besonders unterstrichen wurde, der tragische Zwischenfall, der dem Leben des Gatten ein Ende setzte und die beiden Kinder zu Waisen machte. Frankreich trug eine Dankesschuld an Frau Curie ab, als sie 1908 zur Nachfolgerin ihres Mannes auf dem von ihm innegehabten Lehrstuhl an der Sorbonne einsetzte. Zwei Jahre später veröffentlichte sie eine ausführliche Arbeit über das Radium, dessen metallische Darstellung ihr gelungen ist. Im allgemeinen wird Radium ja nur in der Form von Salzen verwendet. Und noch einmal erringt sie die grösste wissenschaftliche Ehrung: 1910 erhält sie den Nobelpreis für ihre selbständige Forschertätigkeit. Weit über die Kreise der Fachwissenschaftler hinaus ist ihr Name bekannt geworden. Millionen werden dieser Frau, deren Entdeckungen auch der Heilkunde zugute kamen, mit ehrfurchtsvoller Dankbarkeit an ihrem 65. Geburtstag gedenken.

W.M.

Die Martini-Weiwele.^x

SPD. Leichter Novembernebel liegt über den Strassen der Stadt am Rhein. Aber die Berge des Schwarzwaldes und der Haardt, des Odenwaldes und der Vogesen haben eine breite, fruchtbare Zone zu beiden Seiten des Stromes geschaffen, in der auch noch im Spätherbst die Luft mild und sanft weht. Fast frühlingemässig warm ist es am Martini-Abend. Ungezählte Kinderaugen schauen den ganzen Tag zum etwas umdüsterten Himmel empor. Der Petrus wird doch ein Einsehen haben und nicht ausgerechnet heute seine dicken Wolken auf die Erde herabschicken? -

Als die Dämmerung sich leise über die Dächer der Stadt legt, da wird es in den alten Strassen und Gässchen lebendig. Weisse, seltsam vermummte Gestalten schleichen sich aus den Häusern. Sonderbar genug schauen sie aus, und der Fremde, der bisher nur die modernen, gepflegten Strassen der Neustadt kannte und sich nun zufällig hierher in die Altstadt verirrt, reibt sich die Augen und glaubt, dass hier irgend ein alter Spuk wieder lebendig geworden sei.

Da rennt eben ein kleiner Trupp vorüber. Ein kleiner Kerl von vielleicht 8 Jahren ist der Anführer. Er trägt eine altmodische Nachtjacke mit himmelblauem Bande, die ihm bis über die Kniee reicht, und den Kopf bedeckt der Fiederschmuck eines Indianers. Auch die anderen sind in schneeweisse "Gewänder" gehüllt: Handtücher wurden fantastisch ums Haupt geschlungen; ein altes Bettlaken dient als Tunika. Einige andre haben sich die Sache vereinfacht. Sie haben ihre Nachthemden über den Anzug gestreift, und die Sache war fertig. Auch die weissen Kleider der Schwestern mussten dran glauben. Dort trägt ein

hochaufgeschossener Junge ein weisses Mullkleid, und sein Kamerad blickt stolz an den Resten seines Kunstseidenfähnchens herunter, das seine Schwester in früheren Jahren wohl als Dakkleid benutzt haben mag.

Auch einige Mädels flitzen durch die Strassen. Im allgemeinen aber gehört die Strasse heute Abend dem heranwachsenden männlichen Geschlechte; das hört man schon an dem Höllenlärm und den verstellten, tiefen Basstimmen. Immer lauter, immer bunter wird das Treiben. Die geheimnisvoll verummten Gestalten scheinen es darauf abgesehen zu haben, jedem irgendwie erreichbaren Erreichbaren Erwachsenen einen Streich zu spielen. Da geht eine würdige, etwas rundliche Bürgerfrau ihres Weges. Sie hat eine Einholtasche am Arm und will wohl die Einkäufe für den nächsten Tag besorgen. Da - ein lauter Knall, ein kleiner Feuerstrahl, ein lautes, entsetztes Gequieke der Ueberfallenen, die ihre Tasche wegschleudert und die Hände ringt! Man hat ihr einen "Frosch", einen alten Feuerwerkskörper vom letzten Sylvester, in ihre Einholtasche gesetzt.

Drüben beim Kaufmann wird die Ladentür aufgestossen, dass ihr lautes, intensives Klingeln weit zu hören ist. Dann erwählt man den besseren Teil der Tapferkeit und ergreift die Flucht. Dass sämtliche Klingeln der Nachbarschaft dran glauben müssen, sei nur nebenbei erwähnt. Man geht der Sache am besten mit moderner, rationalisierter Methode zu Leibe und setzt für je 6 Häuser 6 Jungen an, die ganz einfach mit dem Zeigefinger die ganze Klingelreihe vom 5. Stockwerk bis zum Erdgeschoss an der Haustür "erledigen".

Selbstverständlich gibt es in der Martininacht auch weder Zäune noch Schranken, die als Hindernisse gelten könnten. Die schön und sorgsam eingefassten Rasenplätze sind zum beliebten Tummelplatz geworden, und es ist Ehrensache, überall dort einzudringen, wo "Verbotener Eingang" steht. Fassungslos steht man als Fremder dieser verzauberten Welt gegenüber, in der scheinbar alle Werte auf den Kopf gestellt sind. Es ist doch nicht Fastnacht heute? Was ist denn nur hier los? Fragend wendet man sich schliesslich an einen Schupo, der wie eine Bildsäule die Strasse auf und ab marschiert und das schöne Wort beherzigt zu haben scheint: "Mein Name ist Hase. Ich weiss von nichts!"

Aber der Hüter des Gesetzes sieht den Fragesteller mitleidig und etwas geringschätzig an. "Ach so, Sie sinn nit von hier!" meint er dann entschuldigend. "Was Sie da sehe, des sin doch die Martini-Weiwele, un des ist halt so en alter Brauch bei uns: Die dürfe heit Owend mache, was sie wolle!" - Hm! Gerade rast eine wilde Horde vorüber, und der Kleinste, ein Knirps von kaum 5 Jahren, lässt es sich nicht nehmen, zwischen den Beinen des Schutzmannes durchzuschlüpfen. Aber der uniformierte Wächter der Ordnung steht wie ein Fels. Willig lässt er dem Kleinen sein Vergnügen. Etwas unschlüssig steht man als Zuschauer daneben. Schliesslich fasst man sich ein Herz und fragt noch: "Sagen Sie mal, Herr Wachtmeister, gibt es denn heute Abend hier keine Auswüchse; ich meine, dürfen die heute wirklich alles;..." - Man verstummt vor dem Blicke, den der Hochgewachsene einem zuwirft. So muss ein Mondbewohner betrachtet werden, der irgendwann einmal auf die Erde herabkommt. Aber schliesslich zieht über die in Staunen erstarrte Miene ein breites Lächeln der Erkenntnis. "Sie sinn wohl e Preiss!" meint der Schupo. "Inne do drowe steckt immer noch 's alte Militär in de Knoche! Des is nix für uns! Lewe un lewe losse, so sage mir. Un, sehe Sie", - sein Gesicht wird ernst, und der Blick, mit dem er den vorbeijagenden Rangern nachsieht, ist so verständnisvoll, wie der eines milden Vaters - "was sinn denn des für Kinner, die sich heit Owend e bisschen austobe? Meischtens sind 's die ärmschte Kinner, die mir in der Schtadt hawe. Die hawe schpäter nix zu lache. Unn dene ihr bisschen Vergnüge noch nehme - nä, nä!" Energisch schüttelt er den Kopf.

Und er hat vollkommen recht, der Gute! Was schadet 's, wenn da und dort eine Kleinigkeit zerbrochen wird oder ein Drahtzaun am nächsten Morgen nicht

so schnurgerade steht wie sonst! Viel wichtiger ist es, dass hier ein uralter Brauch, das Umgehen böser Geister und die kultischen Kämpfe beim Einzuge des Winters, sich bis zum heutigen Tage erhalten hat, und dass gerade die Proletarierkinder es sind, die Jahr um Jahr zur Erhaltung der volkskundlich so interessanten Sitte beitragen. Und dass diese Kinder sich schon Wochen vorher auf diesen Abend freuen, dass alle Erwachsenen, die Eltern und Lehrer und nicht zuletzt die hochwohlwollende Polizei an diesem Abend eine feste Bundesgenossenschaft mit ihnen halten - das, ja das ist vielleicht die erfreulichste Zugabe des schönen Spiels der Martini=Weiwele.

Elke.

X
Frühling im Herbst.

* SPD. Hui, Huii, Huiii! So rüttelt der Sturm an den Fensterläden und drückt prasselnd die Regentropfen gegen die Scheiben, jagt die grauen, regenschweren Wolken vor sich her und verfängt sich in den Telefondrähten, dass sie klingen. Mit ungebrochener Kraft stürmt er gegen das Haus, bricht sich an der Strassenkreuzung, wirbelt Papier und welke Blätter im bunten Kreise durcheinander, hebt sie hoch und lässt sie wieder zur Erde fallen. Ganz, wie es ihm gefällt.

Den Mantelkragen hoch, den Hut fest ins Gesicht gezogen, kämpfe ich, mühsam nach Atem ringend, gegen den Sturm an, der mir den Regen ins Gesicht peitscht. Nur schnell die nötigsten Wege und dann nach Hause!

Vor mir geht ein junges Mädchen. Die seidenbestrumpften Beine stecken in unförmigen Ueberschuhen. Sie hält den Schirm dicht vors Gesicht und sucht dahinter Schutz vor dem Sturme.

Brav an der Leine läuft ihr Hündchen, ein krummbeiniges Dackelfräulein, das kaum die Kommodenbeine so schnell setzen kann. Plötzlich rast um die nächste Ecke eine ganze Hundemeute, als befände sie sich im Wettlauf mit dem Sturme. Es sind ganz gewöhnliche Strassenköter, Promenadenmischungen, denen das Wetter nichts anhaben kann, und die im Kampfe ums Dasein jede "Be= nehmität" verlernt haben. Sie stürzen wie die Berserker auf das Dackelfräu= lein los, liebäugeln mit ihm, und die Ruten wackeln wie die alte Wetterfahne auf dem nahen Kirchturme.

Verstohlen guckt das Hunde=fräulein die Herrin an, blafft leise, schielt sehnsüchtig nach seinen Kavaliere und blickt wieder vorwurfsvoll zur Herrin empor. Doch die denkt anders über das frühlingshafte Liebessemen ihres Lieb= lings, klappt kurzerhand den Schirm zu und schlägt schimpfend auf die Hunde= kavaliere ein, die erbost ob solchen Tuns laut kläffend beiseite springen und dann ihr Werben fortsetzen - allerdings ausser Reichweite des Schirmes.

Es bleibt kein anderer Weg - Frauchen muss ins nächste Café flüchten, und "sie" blickt in wehmütiger Trauer auf die Kavaliere, als sich die Kaffee= haustür erbarmungslos schliesst. Verdutzt bleibt die ganze Meute stehen, stößt ein zorniges Knurren aus und trollt sich dann, nachdem die Adresse am Eckstein vor dem Café abgegeben ist, um die nächste Strassenecke, als gelte es, dem Sturm den Rang abzulaufen.

* SPD. Unerwünschter Besuch.^X Die Hausangestellte sagt zu der Besucherin:
"Die gnädige Frau ist nicht zu Hause."

"Wann kommt sie zurück?"

"Das weiss ich nicht. Sie ist noch gar nicht fort."
